

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAGS TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWORTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.

16. Jahrgang

Donnerstag, 8. Oktober 1936

Nr. 234



Die Währungsvorlage im Parlament

Exposé des Finanzministers / Nächtliche Sitzung des Budgetausschusses

Prag. Im Abgeordnetenhaus wurde Mittwoch mittags in einer kurzen Sitzung in Anwesenheit der gesamten Regierung die Währungsvorlage aufgelegt: Finanzminister Dr. Kalfus erstattete ein Exposé, in dem er die geplanten Währungsmaßnahmen ausführlich begründete.

Nachmittags 4 Uhr trat der Ausschuss zusammen, dessen Verhandlungen sich wider Erwarten bis in die späte Nacht hinauszogen; um Mitternacht waren noch mehrere Redner gemeldet.

Wie in den Couloirs verkantete, sollen Bestrebungen im Gange sein, um das Höchstmaß der Devaluation noch um einen geringen Bruchteil (man sprach von 17,25 statt 15,98 Prozent) zu erhöhen. Diesbezüglich fanden auch Verhandlungen in den zuständigen Körperschaften statt, doch erklärte Ministerpräsident Dr. Hodža am Abend im Ausschuss: Wir rechnen mit einer 16prozentigen Devaluation als mit einem Definitivum. Er behielt sich vor, zu dem Währungsproblem noch ausführlicher bei den Verhandlungen im Senat Stellung zu nehmen.

Nach Erledigung der Formalitäten erstattete Finanzminister Dr. Kalfus zu der Währungsvorlage, deren wesentlichen Inhalt wir bereits gestern veröffentlicht haben, ein kurzes Exposé, in dem er einleitend darauf hinwies, daß die erste Devaluation vom Jahre 1934, durch die der Goldgehalt der Krone von 44,58 auf 37,15 Milligramm Feingold herabgesetzt wurde, eine Erhöhung des Preisniveaus gebracht, aber dem Wertfall unseres Exportes ein Ende gesetzt habe.

Der Export wurde nicht nur abtrotzt, sondern auch qualitativ dadurch erhöht, daß die Ausfuhr in die Länder des Goldblocks und in die Länder mit freien Devisen beträchtlich stieg und sich dadurch das Ansehen der Zahlungen aus dem Ausland verbesserte. Diese günstige Entwicklung wurde aber in einem gewissen Maße durch verschiedene Umstände gestört. Die Länder des Goldblocks wurden durch ihre innere Situation zu einer immer größeren Abschließung der Grenzen und zu einer Herabsetzung der Kontingente genötigt, weiters verengte sich der Umfang unseres Exportes in die mitteleuropäischen und namentlich in die Clearing-Länder. Infolgedessen wurden wir der durchgehenden Verbesserung der Wirtschaftsverhältnisse vor allem in jenen Ländern, die den Goldstandard aufgaben, nicht teilhaftig.

Inferne Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1935 verursachte weiter einen erheblichen Devisenbedarf auf der Beschaffung von Rohstoffen für Zwecke der Landesverteidigung und auch im Gefolge der Behebung des Binnenmarktes. Nicht in letzter Linie hatte die Tatsache einen Einfluß auf den größeren Devisenbedarf, daß die aus freien oder Goldländern gekauften Rohstoffe nach einem unbedeutenden Veredelungsverfahren (z. B. in der Garnindustrie) in die Clearingländer ausgeführt wurden, denen gegenüber sie unseren Aktivsaldo erhöhten. So kam es, daß wir Ende August d. J. Konstatieren mußten, daß die günstige Devisenlage, wie sie durch die Konstriktion und Abfuhr der Güter im Ausland erzielt worden war, verloren

Dr. Hodža bestätigt:
Staatsangestellten-Gehälter ab 1. Jänner am Monatsersten

Regierungsbeschluß auch über Milderung der Gehaltsabzüge

Der Vorsitzende der Regierung empfing am Mittwoch das Präsidium der Arbeitsgemeinschaft der Organisationen der öffentlichen Angestellten (darunter der Senator Venossen Grünzer). Der Vorsitzende der Regierung bestätigte der Arbeitsgemeinschaft den Beschluß der Regierung über die Wiederinstandsetzung des Zahlungstermins auf den Monatsersten ab 1. Jänner 1937. Er konstatierte weiters, daß das politische Kabinett beim Beginn der Regierungsarbeiten anfangs September über die Fortsetzung einer Milde rung der Gehälter ab 1. Jänner im Jahre 1937 Beschlüsse gefaßt hat. Dieser positive Standpunkt der Regierung wird in der Kundgebung des Regierungsvorsitzenden zum nächstjährigen Budget enthalten sein.

Die nachmittags stattgefundenen Plenarsitzungen der Arbeitsgemeinschaft nahmen den Bericht des Vorsitzenden Abg. Bergman über das Ergebnis des Empfanges beim Vorsitzenden der Regierung ohne Debatte zur Kenntnis. Das Präsidium wurde sodann zu weiteren Verhandlungen mit der Regierung ermächtigt.

allen die Kontingente der Goldblockländer und in einigen Zweigen die unbestehbare Konkurrenz Japans und Deutschlands anführte. Daher forderte eine Reihe von Industriezweigen eher die Lockerung der Zoll- und Kontingentmauern und eine Vereinfachung des inländischen Bewilligungswesens und Devisenverfahrens.

Aus all dem konnte die Regierung mit Recht die Überzeugung schöpfen, daß generelle Währungsmaßnahmen nicht notwendig seien, zumal Verstärkungen wegen Erhöhung des Preisniveaus und allen daraus erfließenden Konsequenzen ausstünden. Das Auseinanderfallen des Goldblocks hat die Situation geändert, zumal sich auch andere Staaten diesem Schritt anschließen, der nach den Intentionen Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten zugleich ein Schritt zur Erweiterung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sein soll. Unser Export in die devalvierenden Länder (Frankreich, Schweiz, Holland) beträgt etwa 12,5 Prozent unserer Gesamtausfuhr. Durch die Devaluation in diesen Staaten könnten wir in unserer Konkurrenzfähigkeit geschädigt werden. Die Dinge nahmen einen außerordentlich raschen Verlauf und die Unruhe erfaßte auch einen Teil unserer Produktionskräfte, welche nunmehr statt der Refundierung der Handelssteuern eine generelle Lösung durch Anpassung unserer Währung an die neuen Verhältnisse forderten. Die Regierung hat alle Gründe pro und contra erwogen und sich entschieden, der Nationalversammlung die weitere Entscheidung des Goldgehaltes der Krone innerhalb der Grenzen von 33,21 bis 31,21 Milligramm vorzuschlagen.

Das Ausmaß dieser Devaluierung ist bedingt durch die Währungsregulierung der anderen Staaten, die uns in der Devaluation vorausgegangen sind. Dabei mußten wir uns dessen wohl bewußt sein, daß wir hier nicht nach Belieben und ohne Rücksicht auf die anderen Staaten vorgehen können. Jede Senkung, welche die Grenzen einer unabhängigen Konkurrenz auf dem Weltmarkt überschreiten würde, würde notwendigerweise Gegenmaßnahmen gegen uns hervorrufen.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sozialdemokratie und Kronenabwertung

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses des Abgeordnetenhauses gab Abg. Eugen de Witte namens des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten eine Erklärung ab, welche den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie zur Abwertung der Krone knapp und klar zum Ausdruck bringt. Die Erklärung lautet:

Wenn wir heute daran gehen, zur zweiten Abwertung unserer Währung Stellung zu nehmen, so muß vorweg festgestellt werden, daß die Frage, ob die Devaluation vollzogen werden soll, überhaupt nicht mehr zur Entscheidung steht. Und wenn schon vor dem 26. September den Stimmen, die für eine zweite Devaluation der Krone eintreten, noch sehr ernste und begründete Bedenken entgegengehalten werden könnten, so stehen wir eben heute nach der Abwertung des französischen Franc, der sich in rascher Folge die übrigen Devisen des Goldblocks anschließen, vor einer Eisen und Notwendigkeit, die alle Bedenken überwindet.

Was also nun zur Diskussion steht, ist nicht mehr die Frage, ob die Abwertung beschlossen werden soll, sondern ausschließlich die Frage, wie die Abwertung durchzuführen sei. Es handelt sich also zunächst um die währungsrechtlichen Einzelheiten, dann aber und vor allem um die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Abwertung und um die Maßnahmen, die sich daraus notwendigerweise ergeben. Dazu wollen wir mit aller Offenheit aussprechen:

Es ist notwendig, daß die Wirtschaftsbelebung, welche wir von der Währungsabwertung erwarten, zu einer Abwertung der Arbeitslosigkeit, zu einer Verbesserung des Loses der breiten Massen ausgenützt wird. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß die sozialen Notwendigkeiten beachtet werden, die sich aus der Devaluation ergeben. Es wäre unerträglich, wenn die Exportförderung, die wir alle als wichtigste Wirkung der Devaluation erwarten, begleitet wäre von einem weiteren Sinken der Lebenshaltung der arbeitenden Menschen, wenn Gewinn und Löhne der Devaluation einseitig verteilt würden, indem die Vorteile ausschließlich den besitzenden Klassen zugute kämen, die Nachteile auf die arbeitenden Menschen und die Arbeitslosen überwälzt würden. Soll die Devaluation ihren Zweck erreichen, dann ist die Einschaltung der Menschen in die angestrebte Wirtschaftsbelebung die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik.

Wir erheben daher vor allem die Forderung, daß jede Wertenerhöhung, die sich nicht automatisch aus dem geänderten Wertverhältnis der Währungen ergibt, mit aller Entschiedenheit hintangehalten werde. Wir verkennen nicht, daß die Verstärkungen, die sich in dieser Richtung an die erste Devaluation geknüpft haben, durch die Erfahrung zum größten Teil zerstört worden sind. Wir übersehen auch nicht, daß unsere Situation heute infolgedessen teilweise günstiger ist, als wir manche Rohstoffe aus Ländern beziehen, die gleichzeitig mit uns eine starke Abwertung ihrer Währungen vollziehen. Aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn übersehen würde, daß auf der anderen Seite die jegliche Devaluation in eine Periode steigender Preise fällt. Es ist daher eine Kardinalaufgabe der Wirtschaftspolitik, zu verhindern, daß diese Wertenerhöhung durch die Devaluation einen Auftrieb erhalte. Dazu werden administrative Eingriffe, so notwendig sie sind, nicht ausreichen. Dazu werden auch legislatorische Eingriffe, vor allem die seit langem zur Verwirklichung reife Reform des Kartellgesetzes notwendig sein. Wir werden auch die Verteuerung der eingeführten Waren nicht fatalistisch hinnehmen dürfen, sondern unsere Sozialpolitik gewissermaßen auf diese Verteuerung vorbereiten.

Aber Maßnahmen gegen die Verteuerung werden nicht genügen. Die Devaluation gibt uns Gelegenheit, ja sie legt uns die Verpflichtung auf, unsere alte Forderung, daß die Wirtschaftspolitik entschieden und zielbewußt auf die Gebung

Oviedo von den Milizen erstürmt

Keine neuen Erfolge der Rebellen / Die Lage der Regierung günstiger Die Disziplinlosigkeit überwunden?

Nach den bedeutenden Erfolgen, welche die spanischen Rebellen zwischen der Eroberung Oviedo und der Einnahme Tolobos erringen konnten, ist allem Anschein nach ein Rückschlag für sie eingetreten, der sichtbar in der Eroberung Oviedo durch asturische Milizen und in der Verteilung des Widerstandes der Regierungstruppen an sämtlichen Fronten zum Ausdruck kommt. Auch das Schicksal Madrids, das bereits in Frage stand, stellt sich nach den Meldungen vom Mittwoch wieder weniger düster dar.

Die Regierung hatte, wohl nicht so sehr, um wirklich einen Sieg in offener Feldschlacht zu erringen, als um Zeit zur Verteidigung Madrids zu gewinnen, alle verfügbaren Truppen zusammengegrast und ohne größere operative Ueberlegung zum Gegenangriff auf Tolobos eingeseht. Es kam vor allem darauf an, durch diesen Stoß dem Vorgehen der Rebellen auf Aranjuez und die Bahnlinie Madrid-Baleña den Atem zu nehmen. Denn die Verbindung mit Valencia muß wenigstens noch einige Tage aufrechterhalten werden, damit Madrid Verteidigungsmaterial und Lebensmittel heranzuführen, einen Teil der noch kämpfenden Einwohner abschicken kann. Dieser Stoß gegen Tolobos hat seinen strategischen Zweck erreicht. Tatsächlich brach der Clan des Angriffes, der wieder bis an die Trümmer des Alcazar vorgetragen wurde, wohl zusammen, ehe die feindliche Front zerrissen war, aber der Vormarsch der drei Kolonnen der Sidarmee Oviedo de Planos stockt. Was die Deffnung der Dämme des Alberche nicht vermocht hatte, erreichte der tobereite Einsatz der Madrider Arbeiter. Es ist Zeit geworden, der Aufmarsch der Rebellen ist gestört, sie haben be-

trächtliche Verluste erlitten, werden sich verstärken, sich vielleicht ungruppieren müssen. Unterdessen kann an dem Ausbau der Feldbefestigungen vor Madrid gearbeitet werden, für welche Aufgabe die Regierung fünf Millionen Pesetas zur Verfügung gestellt hat.

Im Nordosten von Madrid ist durch die Ueberoberung von Sigüenza die Gefahr der Ueberflügelung der Gebirgsfront durch die Rebellen abgewehrt. In fast allen Landesteilen hat die Regierung kleinere Erfolge zu verzeichnen.

Der bedeutendste taktische und moralische Erfolg ist aber die Eroberung Oviedo, wo sich nur noch einzelne Abteilungen der Rebellen in Klüften und Mauerkomplexen halten. Die Stadt wurde nach mehrfachen Bombardement und langer Artillerievorbereitung von den Sturmtruppen der asturischen Miliz, meist Bergarbeiter, Straße für Straße erobert. Damit schwindet ein Pfahl im roten Feuers Asturiens und ansehnliche Kräfte werden frei, die, sei es zur Verteidigung Bilbao, sei es zu einem offensiven Stoß über das Kantabrische Gebirge, eingesetzt werden können. Davon, ob der taktische Erfolg von Oviedo zu einer Bindung beträchtlicher konterrevolutionärer Kräfte führt, hängt seine strategische Bedeutung ab.

Die Erfolge der Regierung in den letzten Tagen sollen nicht nur durch die tägliche wachsende Bereitschaft der Arbeiter zum Kampf bis auf Messer bedingt sein, sondern auch dadurch, daß es endlich gelungen sei, militärische Disziplin durchzusetzen und die anarchistischen Tendenzen zur Disziplinlosigkeit zu bändigen.

der Lebenshaltung der breiten Massen eingestellt werden muß, neuerlich und mit verstärkter Kraft zu erheben. Sofort beim Beginn der Krise hat der Lohndruck eingesetzt. Im Verlaufe der Krise mußten mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen auch die Bezüge der öffentlichen Angestellten empfindlich gekürzt werden. Es ist daher die Hebung der allgemeinen Kaufkraft ein unerlässliches Stück sozialer Wiedergutmachung. Wir haben, gesamtstaatlich gesehen, den Tiefpunkt der Krise zweifellos überschritten. Die Produktionsziffern weisen zum Teil recht erhebliche Steigerungen auf. Aber die Arbeiter haben von diesem konjunkturellen Aufstiege bisher fast nichts zu spüren bekommen. Da wir nun von der Devaluation eine weitere und kräftige Belebung der Wirtschaft erwarten, halten wir es für geradezu selbstverständlich, daß die Regierung die gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter nach Erhöhung ihrer Löhne mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, unterstützen werde. Ebenso werden wir es begrüßen, daß die Regierung eine Milderung der Gehaltsfälligkeiten ankündigt.

Nicht minder notwendig sind aber gesteigerte Vorarbeiten für die Arbeitslosen. Es ist einfach undenkbar, daß die Arbeitslosen inmitten einer aufsteigenden Konjunktur dem alten, womöglich noch gesteigerten Elend überlassen werden. Die nächste und dringendste Aufgabe der Sozialpolitik ist daher die Durchführung einer Winterhilfsaktion, deren Ausmaß das vorjährige erheblich übersteigt.

Wir halten uns schließlich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß mit der Devaluation zwar ein wichtiges Ausführungsmittel aus dem Wege geräumt oder doch wesentlich gelodert wird, daß aber mit der Devaluation allein auch auf dem Gebiete der Exportförderung selbst noch nicht alles getan ist. Wir fürchten vielmehr, daß der Devaluationsseffekt verpufft, wenn die Beschränkungen des Devisenverkehrs, die eine typische Begleiterscheinung der Deflation gewesen sind, auch nach der zweiten Devaluation in vollem Umfange bestehen bleiben. Wir wissen, daß die gebundene Devisenwirtschaft nicht mit einem Schlage beseitigt werden kann, wir sind aber überzeugt, daß gerade jetzt, da eine Reihe anderer Staaten den Eingriff in die Währung mit einer Lockerung der Devisenbeschränkungen verbinden, auch für uns der Zeitpunkt gekommen ist, diese Lockerung in Angriff zu nehmen. Wir glauben auch, daß durch die Abwertung eine neue Situation für den Absatz von Handwerks- und Kleinwaren geschaffen worden ist, die unsere Handelspolitik nicht ungenutzt lassen darf. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine dauernde Exportbelebung zu erwarten, die insbesondere unseren notleidenden Randgebieten nach langen Krisenjahren endlich Erleichterung bringen wird.

Die Devaluation stellt uns international wie innerpolitisch vor entscheidende Fragen. Die Welt steht vor der Entscheidung, ob sie durch vernünftige internationale Vereinbarungen den Weg zur Normalisierung der weltwirtschaftlichen Beziehungen betreten oder den internationalen Wirtschaftskrieg fortsetzen soll, der schließlich in die blutige Auseinandersetzung mit der Waffe umzuschlagen droht. Wir stehen vor der Entscheidung, ob die Entwertung des Geldes und die Unterwerfung der Währung unter den regelnden Eingriff des Staates in den Dienst des sozialen Aufstieges der Gesamtbevölkerung gestellt, oder ob wiederum der

kapitalistische Profit über die Bedürfnisse der breiten Massen den Sieg davontragen soll. Wir deutschen Sozialdemokraten erwarten, daß die Tschechoslowakische Republik in dieser Lage ihre Mission als Hort der Demokratie und des Friedens erfüllen werde.

Genosse de Witte besprach dann noch ausführlich die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse im südetnischen Gebiet und stellte eine Reihe von Forderungen in der Richtung des Wiederaufbaus der Industrie in den Randgebieten der Republik auf. Er verlangte von den Staatsmännern eine solche Arbeit, daß die schönen Worte, mit denen der Präsident der Republik vor kurzem erst so viele Herzen wieder aufgerichtet hat, zur Wirklichkeit werden.

Die Währungsvorlage im Parlament

(Fortsetzung von Seite 1)

Den Devaluationsfolgen im Hinblick auf die Weltwirtschaft stehen die Auswirkungen der Devaluation auf das Wirtschaftsleben innerhalb des Staates (mit Ausnahme der Exportindustrie) entgegen. Die Erfahrungen aus der Devaluation der anderen Länder berechtigen uns zu der Konstatierung, daß der dem Ausland gegenüber herabgesetzte Kurs unserer Währung nicht notwendig zu einer Erhöhung des Preisniveaus auf dem Binnenmarkte führen muß.

Es kann daher unser Wirtschaftsleben mit der sichersten Stabilität der Wirtschaftssphäre rechnen und unser Währungsgefüge gibt dem auch durch die Bestimmung Ausdruck, daß die Krone nach der Devaluation die Krone der Zeit vor der Devaluation im Verhältnis 1 : 1 erleidet. Es sind auch die Voraussetzungen für die Erhaltung der Parität der Kaufkraft unserer Währungsbeinheit gegeben.

Der Minister hält es für notwendig zu betonen, daß eine wichtige Voraussetzung für die Erhaltung der Kaufkraft der Krone die Einhaltung der bisherigen Grundzüge der Sparpolitik und des Gleichgewichtes in der Finanzwirtschaft des Staates

sein muß. Die Regierung ist sich auch ihrer Pflicht bewußt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln jeder unbegründeten Verteuerung entgegenzutreten, damit allen Schichten der Bevölkerung, die auf ein festes Einkommen angewiesen sind, der Realwert ihres Einkommens unverändert gesichert werde.

Die Rede des Ministers war im Hause kaum zu vernehmen, da das vor dem Rednerpult angebrachte Mikrophon nicht funktionierte. Schließlich blieb dem Minister nichts anderes übrig, als sich unmittelbar neben den Sitz des Vorsitzenden zu stellen und in ein zweites dort angebrachtes Mikrophon zu sprechen, das erstaunlicherweise doch in Ordnung war.

Dem Exposé folgte der übliche Beifall auf den Bänken der Koalition; dann wurde beschlossen, die Aussprache darüber mit der Debatte über das Währungsgebot zu verbinden. Nach kaum halbstündiger Dauer wurde die Sitzung auf Donnerstag 9 Uhr früh vertagt.

Nur Kommunisten und Nationale Vereinigung dagegen

Der Budgetausschuß war für 4 Uhr nachmittags einberufen. Inzwischen tagte die Koalition, um die technische Seite der Plenardebatte zu regeln. u. a. auch die Frage, ob die Koalition sich nicht mit der Abgabe einer gemeinsamen Erklärung durch den Referenten begnügen solle, um die Einheitslichkeit der Auffassungen zu unterstreichen. Inzwischen tauchten in den Couloirs jedoch Gerüchte auf, daß neuerdings über eine Erweiterung der oberen Devaluationsgrenze in einem überdies nicht beträchtlichen Umfang (17,25 statt 15,08 Prozent) verhandelt werde.

Der Referent Lepiansky (Kor.) betonte die Notwendigkeit einer Beruhigung unserer Volkswirtschaft; man müsse daher jede Spekulation unterdrücken und dem Unternehmertum den Weg zu billigen Krediten bahnen. Der Referent gibt der festen Zuversicht Ausdruck, daß die Regierung alles tun werde, um die Stabilität, Ruhe und Sicherheit des Preisniveaus unter allen Umständen zu wahren, denn nur so könnten die neuen Maßnahmen wirklich eine Besserung der Wirtschaft erzielen.

Daß der Referent später beim Paragrafen 1 vorschlug, die Abstimmung über den Absatz (Achtung der beiden Grenzen für den neuen Goldgehalt der Krone) vorläufig zu vertagen, bestätigte die Gerüchte, daß über den maximalen Prozentsatz der Abwertung neuerdings in der Regierung verhandelt werde.

Der erste Debatteredner Dr. Stáňa (Nationale Vereinigung) kritisierte vorzüglich die Vorlage und meinte u. a., daß man den Anschluß an den internationalen Handel wohl erreichen werde, aber auf dem Arbeitsmarkt werde sich bei uns viel ändern, da die Kaufkraftbedingungen bei uns eine Disparität gegenüber dem Ausland aufwies. Die

Partei des Redners könne daher nicht für die Vorlage stimmen.

In der weiteren Debatte erklärte es Doktor Hofke (SdP) für vollkommen richtig, daß man die Initiative zur Devaluation ergreifen solle. Japostoch (Kommunist) sagte, seine Partei sei mit solchen Währungsversuchen nicht einverstanden, weil sie darin nicht den Ausweg aus der Krise sieht. Den gegenteiligen Standpunkt der französischen Kommunisten suchte er dadurch zu erklären, daß diese trotzdem „prinzipiell“ mit der Devaluation nicht einverstanden gewesen wären.

Dr. Macel (Kor., Soz.-Dem.) bezeichnete die Vorlage als ein Kompromiß und vertat die Auffassung, daß wir uns überhaupt vom Gold lösen und dem Sterling-Block anschließen sollten. Seiner Meinung nach müßte die Devaluation noch weiter gehen, um die alte Parität gegenüber dem Pfund wieder herzustellen.

Dr. Hodža: Diese Devaluation ein Definitivum!

In der neunten Abendstunde meldete sich Ministerpräsident Dr. Hodža zu Wort, der lediglich „einige Zweifel zerstreuen“ wollte, die in der Debatte aufgetaucht seien.

Wir haben uns alle, sagte er, nur nach schwereren inneren Kämpfen zu dem Schritt entschlossen, der unserer Ueberzeugung nach unaußweichlich ist. So weit hat sich unser Export noch nicht erholt, als daß wir uns einfach auf eine weitere automatische Besserung verlassen könnten. Durch die Devaluation des Weisbols wäre unser Export nicht nur erleichtert, sondern vielfach unumgänglich gemacht worden. Es wäre ein Fehler, wenn sich unser Export ausschließlich nach Mitteleuropa orientieren wollte; wir müssen auch in die anderen Teile der Welt vordringen, vornehmlich auf die freien Märkte.

Die Nachteile der Devaluation für die Industriellen, die auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind, werden in den direkt gegenüber den Vorteilen, denn ohne Devaluation würden wir fast überhaupt nicht auf die freien Märkte kommen. Die Belebung des Exportes bedeutet die Erhöhung des National Einkommens, und das ist mehr als die Sonderinteressen gewisser Industriegruppen oder anderer Gruppen.

Wir führen die Devaluation im internationalen Rahmen durch. Das hat den Nachteil, daß sie sich in gewissen Grenzen halten muß, dieser Nachteil wird aber weit auszugewogen durch den Vorteil, daß die im Zusammenhang mit dem Weisbol durchgeführte Devaluation die Stabilität bedeutet und die Befürchtung gestreut, daß wir später nochmals devaluieren müßten. Wir haben damit die Garantie, daß diese Devaluation, die wir uns eingelebten, die endgültige definitive Devaluation ist und Repressalien aus diesem Titel gegen uns durch gegenseitige Vereinbarung ausgeschlossen sind.

Das bedeutet andererseits auch, daß die Devaluation keine Dumpingpreise hervorrufen darf und deshalb ein gewisses Maß einhalten muß. Wenn wir die Franc-Devaluation als Grundlage nehmen, so kann ich namens der Regierung erklären, daß wir die Devaluation in der Höhe von etwa 16 Prozent durchzuführen gedenken und daß wir mit dieser 16prozentigen Devaluation als mit einem Definitivum rechnen.

Der Umfang der Devaluation ist derart, daß wir den Kampf gegen unbegründete Verteuerung und überflüssige Preissteigerungen mit Aussicht auf sicheren Erfolg beginnen können. Allerdings wird diese Aufgabe schwerer sein als 1934, wo das Preisniveau sinkende Tendenz aufwies, während es heute umgekehrt ist.

Dr. Hodža appelliert an Industrie und Landwirtschaft, die Voraussetzungen für die Erhaltung des Preisniveaus zu schaffen. Die Industrie, die mit heimischen Rohstoffen arbeitet, wird selbstverständlich nicht verteuert. Die Industrie, die mit ausländischen Rohstoffen arbeitet, wird teurer, aber der Anteil der ausländischen Rohstoffe an den Gesamtkosten ist meist sehr gering. Diese begründete Verteuerung wird sichergestellt und dafür Sorge getragen werden, daß — und zwar erst nach Erschöpfung der noch billig eingekauften Vorräte — die zulässige Grenze nicht überschritten wird. Eine Verteuerung des Brotes will die Regierung ebenfalls nicht zulassen.

Nach einer längeren Pause setzte der Ausschuss um 10 Uhr abends die Verhandlungen fort. Als erster Redner sprach Genosse de Witte, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle bringen. Bei Mitternacht dauerte die Sitzung an.

Krise und Selbstverwaltung

Budgetgeneraldebatte in der Landesvertretung

Brno. Die böhmische Landesvertretung begann Mittwoch mit der Generaldebatte über den Landesvoranschlag für 1937. Von deutscher Seite griff an diesem ersten Debatteabend nach den Sozialdemokraten nur die SdP-Fraktion ein, deren Sprecher Westen die bisherige Landeswirtschaft lobte und zum Schluß erklärte, daß die SdP für den Landesvoranschlag stimmen werde.

Genosse Dr. Strauß wirkt einleitend die Frage auf, ob das Land in den letzten Jahren gut gewirtschaftet hat. Ein objektives Urteil kann man nur abgeben, wenn man davon ausgeht, wofür schwere Zeit wir hinter uns haben. Von 1920 bis 1934 ist die Zuschlagsgrundlage zur besonderen Erwerbsteuer auf 60

Tommy Barbox macht Revolution

Roman von Fritz Bondy

Das Rächeln Ribadeneiras wurde unendlich vielsagend. Und Tommy fühlte sich betrogen, ihm doch einen halben Dollar in die gern geöffnete Hand zu drücken.

„Wenn ich reden dürfte!“ meine der gute Postbeamte geheimnisvoll.

„Warum dürfen Sie denn nicht reden? Sie sind ja nicht zu Hause“, bohrte Barbox.

„Schließlich... Ihnen kann ich es ja sagen... Sie gehören doch nicht zu seinen Gegnern... ich mische mich grundsätzlich nicht in die Politik“, beteuerte Ribadeneira. „Gute abends...“

„Nun... was ist denn heute abends?“ Ribadeneira kam ganz nah und hob wichtig die Hand an den Mund.

„Gute abends kommt Bonamaria... ich meine, der neue Präsident, zum erstenmal wieder zu uns... aber es darf kein Mensch davon wissen... ich soll vorher achtgeben, daß die Treppe frei ist... ich muß an der Hintertüre stehen... Pablo führt ihn im Automobil zu uns... den gelben Salon hat er sich reservieren lassen... ja, ja, das ist eine treue Kunde... da soll man nicht stolz sein...?“ Ribadeneira strahlte im Gesicht, daß er eine so bedeutende Nachricht ausplaudern konnte. Aber Tommy blieb ziemlich gelassen.

„Na ja, ist ihm zu gönnen... bisher hat er noch nicht viel Vergnügen bei der Regierung erlebt. Wissen Sie sonst noch etwas Neues?“ Ribadeneira fand, daß seine Mitteilung nicht genügend gelobt worden sei, und bemühte sich, eine Steigerung zu finden. Er klopfte auf seine Ledertasche.

„Was ich hier drinnen habe, würde Sie auch interessieren.“

„So? Was wird es denn schon sein?“

Rivadeneira zog das andere Telegramm heraus.

„Eine Nachricht für den Direktor Caldelari. Der Arme! Wenn die vor einer Woche gekommen wäre! Das hätte ihn gefreut! Was hat er deswegen hin und her telegraphiert!“

„Was denn für eine Nachricht?“

Rivadeneira öffnete mit vielerlei Fingern das Telegramm.

„Man kann es nachher ganz gut wieder zu lesen. Und schließlich ist es ja gar kein Geheimnis“, tröstete er sich.

Tommy nahm es ihm aus der Hand und las:

„Engagement Frau Caldelari perfekt stop drahtet Einverständnis Nürnberg.“

„Denken Sie bloß“, erklärte Ribadeneira. „Dreihundert mal fünf... das macht... warten Sie einmal... drei mal fünf ist zwanzig... nein... dreitausend mal fünf... nein...“

„Fünfehtausend Dollar macht es“, beendete Tommy die Rechenkunst des distrierten Briefträgers.

„Fünfehtausend Dollar! Wie schnell Sie das herausgefunden haben! Fünfehtausend Dollar! Das ist ein Geld! Und jetzt kann der arme Herr Caldelari nicht einmal zusagen! Was er nur schon für Telegramme ausgegeben hat, das ahnen Sie gar nicht. Aber wenn ihm doch seine Frau durchgegangen ist? Und kein Mensch weiß, wohin, kein Mensch...“

„Wirklich, kein Mensch?“ fragte Tommy. Doch Ribadeneira hätte es ihm nicht sagen können. Er wußte vielerlei, was in der Caldelari-Welt vorging, aber über die Vorgänge in seinem eigenen Haus war er nicht so genau unterrichtet. Seine Frau hatte es, wohl in Kenntnis

seines außerhäuslichen Redebedürfnisses, für überflüssig gehalten, ihm mitzuteilen, daß das Zimmer im zweiten Stockwerk bewohnt wurde und von wem. Die Töchter waren zuverlässig, und daß Pablo es wußte, ließ sich nicht umgehen; aber der Hausherr ahnte nichts. Tagsüber hatte er seinen Dienst oder trank in Openhauws Schenke, und abends hatte er zu Hause alle Hände voll zu tun. Gar jetzt, wo die Marineoffiziere da waren. Das waren freigelegte, seine Leute! Er spernte ihnen, möglichst einzeln, die Haustüre auf, wenn sie gingen. Sie waren zum meist nicht mehr ganz nüchtern, die Armen, die zu Hause ja nicht trinken durften. Und dann gaben sie ihm, was ihnen gerade in die Hände kam, und das war manchmal eine ganz hübsche Banknote. Und das schönste daran war, daß seine Frau nicht ahnte, wie hoch diese Nebeneinkommen anwuchsen, sonst hätte sie ihm das Geld nicht gelassen. Aber in der letzten Zeit war sie überhaupt so nachlässig. Und gar nicht so streng mit ihm wie sonst; wenn er nur rechtzeitig die Grammophonadel einstellte. Immer wieder daselbe, die Offiziere wurden gar nicht satt und sangen, die braven Herren, im Chor „I lift up my finger an I say sweet, sweet“. Der gute Ribadeneira fand das Lied nicht besonders schön, aber das war nicht seine Sache, seine Frau hätte ihn nett angesehen, wenn er sich jetzt gar in die mustaltischen Wünsche der Gäste des Hauses eingemischt hätte. Nein, nur das Grammophon immer wieder frisch andrehen und die Gläser waschen, da hatte er schon genug zu tun, mehr konnte man, weiß Gott, nicht verlangen, nicht mehr, Mr. Barbox? Mr. Barbox war völlig seiner Ansicht, gab ihm ein Glas Whisky und den anderen halben Dollar. Und der gute Ribadeneira sah auf der Uhr, daß es schon auf zehn ging und er machen mußte, daß er nach Hause kam. Um elf Uhr spätestens erschien Bonamaria, und wer sollte denn aufpassen, daß die Treppe frei war, wenn der Präsident seinen ersten Besuch im Hause abstatete?

XXX.

Auch Pablo sollte eine wichtige Nachricht erhalten; eine, die seinen politischen Ueberzeugungen entscheidende Richtung gab. Seine Freunde vom Tage der Revolution waren in verschiedenen Staatsämtern untergebracht, einige auch auf Land geschickt worden. Vorläufig war ja bloß Salvaboli selbst erobert und auch das nur, solange die Truppen durch die Stadt zogen, und ihre Maschinengewehre Bonamarias Präsidentenschaft wirksam stützten. Auf dem Lande sah es aber wesentlich anders aus. Trotz Zensur und Absperrung kamen manche Nachrichten in die Stadt, die auf äußerst beunruhigende Stimmung der Landleute hinwiesen. Die geflohenen Deputierten hehnten das Volk, und das war nicht weiter schwer, denn Rodriguez war so beliebt, daß die gewöhnlichen Rezepte für Revolutionen, zwei Brotkrümel und zehn Schreier, auf die Dauer nicht ausreichten.

Pablo hatte von Anfang an beschlossen, Politik auf eigene Faust zu veranstalten, und so war auch er es, der seinen Helfern eingehende Weisungen mitgegeben hatte. Vor allem legte er Wert darauf, früher und zuverlässiger unterrichtet zu werden, als sein neuer Präsident, Weder das Staatssekretariat der Schönen Künste noch die beiden Maschinenfräulein nahmen seine Zeit derart erschöpfend in Anspruch, daß er nicht Gelegenheit gefunden hätte, seine kleine Nebenregierung auszubauen.

Er hatte Rodriguez im Gefängnis besucht; zuerst wollte er sich dem früheren Präsidenten als Sohn zu erkennen geben, aber er wußte doch noch nichts Endgültiges über das Schicksal seines Vaters. Wurde der in der Nacht erschossen, dann war es nicht wichtig, ihm diese Auskunft mitzugeben.

(Fortsetzung folgt)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Die Kapitulation Konrad Henleins

Wer stand hinter der Opposition?

Nach erbitterten monatelangen Kämpfen hinter den Kulissen ist nun eine sogenannte „Einigung“ in der SdP zustande gekommen. Henlein höchstpersönlich hat Kasper und Dr. Kreißl in den sogenannten „Führungsrat“ der Partei berufen. Dr. Neuwirth feiert diesen Sieg der „Einigungsbewegung“ in der „Zeit“ und spricht von den Gegnern der SdP als von Lohhebern, denen die Felle davon geschwommen sind. Er will sich offenbar dafür erkennlich zeigen, daß er trotz vielen Widerständen als „Unentbehrlicher“ in den neuen Führerrat berufen wurde.

Trotzdem sollte Dr. Neuwirth nicht von davonschwimmenden Fellen reden.

Denn was in Wahrheit die Molbau hinabschwimmt, das ist der Führerstab des Herrn Henlein.

So hat sich noch kein Parteivorstandender Blamiert, seitdem in den Sudetenländern Politik gemacht wird. Henlein war es doch, der Dr. Kreißl aus der Partei ausgestoßen hat und der Kasper ziehen ließ, als dieser sich mit Dr. Brand verfeindete. Henlein hat Dr. Brand noch halten wollen, als er bereits von einem Ehrengericht einstimmig abgeurteilt war. Dann aber bekam er eine Lektion, die ihm in Erinnerung brachte, daß sich auch die gleichgeschalteten Sudetendeutschen nicht jede Annahme gefallen lassen. Dr. Brand wurde von einem Entrüstungsturm von seinem hohen Posten einfach weggejagt. Henlein wäre von der Welle mitgespielt worden, hätte er nicht den „besten Freund“ plötzlich im Stich gelassen. Der „Lauterungs-Kommissar“ Sandner, der reich mit persönlichen Vollmachten des Führers ausgestattet war,

ist von oppositionellen SdP-Proleten — siehe Görkau! — einfach heimgeschickt worden.

In der Kaskaderei mit der Opposition hat Henlein seine Führerkrone verloren.

Sie liegt zerbrochen auf dem Schlachtfeld. Wer soll noch vor ihm Kniebeugen, wenn er Kasper und Kreißl nun selber zurückberufen muß. Die „Einigung“ besteht in wesentlichen darin, daß nunmehr in der SdP die oppositionelle Tätigkeit legalisiert worden ist. Denn wenn Leute, gegen die mit dem schwersten Geschüß aufgefahren wurde, wieder in Gnaden aufgenommen oder, wie Kreißl, noch befördert werden, dann ist damit den vielen ehrgeizigen Mitgliedern der Partei der Weg gewiesen, wie man Mitglied des Führungsrates werden kann.

Diese Art der Lösung wird weder Henlein noch Kasper zum Ruhme gereichen. Auch Sandner dürfte dran keine reine Freude empfinden, daß neben den „Gefährten“ für ihn ein Schmelz übriggeblieben ist. Alle zusammen werden sich die banale Frage vorlegen, wie lange sie von einer „höheren Macht“ vor neuen Valgereien zurückgehalten werden können. Denn die sogenannte „Einigung“ mit der Opposition ist ohne die überaus präkäre Finanzlage der SdP nicht denkbar.

Es ist nicht uninteressant, daß in der letzten Zeit auch die Sympathien der reichsdeutschen Sender für die „Sudetendeutschen Brüder“ merklich erstarrt sind. Henlein, der als Führer erbedigt ist, wird es besser wissen als wir, daß seine weitere Duldung als Geführer an harte Bedingungen geknüpft ist.

Der erste Akt der Tragikomödie der SdP ist geschlossen. Ein neuer beginnt.

Es erscheint geradezu grotesk

Aus einem Artikel über die „spanischen Greuel“ zitieren wir folgende zwei Stellen:

Es erscheint geradezu grotesk, diejenigen als „Rebellen“ bezeichnen zu wollen, die nicht zuseht gerade gegen dies Unmenschentum, das diese Greuel auf dem Gewissenshaare anknäpft, und sich bemühen, wehrlose Opfer aus dieser Hölle zu befreien.

... So nehmen die Dinge in Spanien ihren blutigen Fortgang, und es scheint, daß ein unglückliches Volk den Leidensbecher so lange voll auskosten muß, bis es aus eigener Kraft der Qual ein Ende bereitet hat. Wenn allerdings jenes Unmenschentum die Gewissenshaare in ihnen würde, daß es für die Arbeiter in Ermittelung der Arbeiter, die nur ganz äußerlich ein politisches Mantelchen tragen, keinerlei Anrecht gibt, wenn jene Elemente wirklich wüßten, daß sie — wo auch immer — ihrem irdischen Richter bestimmt nicht entgegen könnten, dann würden die Grausamkeiten in Spanien wohl längst ein Ende gefunden haben.

Es erscheint nicht als grotesk, daß dieser Artikel in der Deutschen Diplomatischen Korrespondenz in Berlin erschienen ist. Aber es erscheint wirklich als geradezu grotesk, daß ein

christlichsoziales Blatt in der Tschechoslowakischen Republik, nämlich das Jägerdorfer „Volk“, diesen Artikel an Leitender der Seite (Mittwoch, 7. Oktober) wiedergibt und unbeschämter die Marke Berlin noch hervorhebt. „Demokraten“, sogar Regierungsteilnehmer, die sich auf Seiten der Rebellen stellen und durch solche Verbreitung niederträchtiger Greuelpropaganda eine in Österreich kämpfende Republik zu diffamieren suchen, und dies eben mit Hilfe von „Material“, das sie aus Nazideutschland beziehen! Was sagen dazu die wahrhaft christlichen Arbeiter?

Staatspolizei in Komotau

Am 1. November wird auch die Stadt Komotau Staatspolizei erhalten. Das Bürgermeisteramt wurde verständigt, daß es zu diesem Termin die notwendigen Maßnahmen bereitzustellen solle. Insgesamt werden 104 Beamte in Komotau einziehen, zu deren Unterbringung 22 Kanakleien, 18 Zimmer und ein Mannschaftsraum benötigt werden. Diese Räume müssen komplett eingerichtet und ventilationsreif sein! Außerdem müssen für die Mannschaft Privatzimmer und eine Kantine besorgt werden! Die Staatspolizei wird den Uniformdienst, das Pflanz- und Meldewesen und auch den Geheimdienst versehen. Ein Teil der Komotauer Stadtpolizei wird in den Staatsdienst übernommen, ein Teil auf andere Dienstplätze verwiesen oder in den Ruhestand versetzt. Der Amtsbereich der Staatspolizei wird sich nicht nur auf Komotau beschränken, sondern auch auf die umliegenden Industrieorte ausdehnen. Außer Komotau sollen Görkau, Eibitz, Sportitz, Tauschowitz und Tschernowitz Exposituren erhalten. Freitag und Samstag dieser Woche wird aus Prag eine eigene Kommission in Komotau zwecks Besichtigung der Räume und Durchberatung der Unterbringung erscheinen. Angeblich soll das Hotel Weimar für die Unterbringung der Staatspolizei in Betracht gezogen werden.

Motorradunglück bei Komotau: Zwei Tote

Dienstag nachmittags, etwa gegen vier Uhr, ereignete sich auf der Prager Straße, in unmittelbarer Nähe der Galschkebad-Brücke bei Horjenz, ein schreckliches Motorradunglück, das zwei Menschenleben forderte. Der 24 Jahre alte Elektriker Julius Kankner aus Komotau fuhr auf einem alten „Premierabrad“ gegen Hruschov. Auf dem Sozius saß die 20jährige Musiklerin Beatrice Trnka aus Komotau. In der Nähe der Brücke wollte Kankner einem Pferdefuhrwerk ausweichen, dabei geriet der Venter aus unbekannter Ursache von der Straße ab und fuhr mit aller Wucht gegen einen starken Obstbaum, der unmittelbar neben dem Straßengrand stand. Die Folgen waren entsetzlich, anster, der in raschem Tempo gefahren war, erlitt einen schweren Schädelbruch und war auf der Stelle tot. Die Trnka, welche von dem zufällig vorbeifahrenden Rettungswagen sofort dem Krankenhaus überstellt wurde, erlitt einen doppelten Schädelbruch, dem sie kurz nach ihrer Einlieferung in das Komotauer Krankenhaus erlag. Die Ursache, die zu dem Unglück geführt hat, wird man wohl nie richtig feststellen können, da die beiden Zeugen eben für immer stumm sind.

Motorradunglück bei Komotau: Zwei Tote

Im Nelson-Schacht wurde die Leiche des bei der feinerzeitigen Katastrophe verunglückten Bergmannes Franz Koláček aus Osfel geborgen und gestern beerdigt. Koláček war verheiratet und Vater eines Kindes.

Abg. Genossin Irene Kirbal spricht am 13. Oktober um 10.45 in der Frauenabendung des Prager Rundfunk über „Unserer Aufgabe im Parlament“.

Flaggengesetz vielfach geändert

Der verfassungsmäßige Ausschuss verabschiedete am Dienstag das Flaggengesetz mit den vom Subkomitee vorgenommenen Änderungen, die ziemlich zahlreich sind. Die wichtigste Änderung ist wohl die, daß die Bestimmungen fallengelassen wurde, daß bei Umzügen die Zahl der mitgetragenen Staatsfahnen der Zahl der übrigen im Zug gleichkommen muß. Der Ausschuss kam zu der Überzeugung, daß die bisherige Bestimmung, wornach an der Spitze jedes Anstuz eine Staatsfahne getragen werden muß, volllauf genügt. Die Vorschriften über den Fahnengebrauch durch Korporationen beziehen sich nicht auf die politischen Parteien. Werden Fahnen auf Gebäuden ausgehängt, so müssen gleichzeitig an entsprechender Stelle Staatsfahnen ausgehängt werden. Bei der Verwendung von Fahnen zur Dekoration von Innenräumen muß dieses Verhältnis nicht eingehalten werden, doch muß der Staatsfahne ein hervorragender Platz eingeräumt werden. Wenn beschädigte Staatsfahnen ausgehängt werden, so hat nicht der Ortsvorsteher, sondern das zuständige staatliche Sicherheitsorgan für deren Entwertung zu sorgen. Das Tragen von Uniformen durch Korporationen ist an die Bewilligung des Landesamtes gebunden; kommt das Gebiet mehrerer Landesämter in Frage, so fällt die Entscheidung dem Innenministerium zu.

Auszeichnungen auch für Inländer

Dem Parlament wird am Mittwoch auch eine Novelle zum Ordensgesetz vorgelegt werden, welche die Zulässigkeit von Auszeichnungen für tschechoslowakische Staatsbürger ohne Unterscheid des Standes, und zwar in der Form von Orden und Ehrenabzeichen für Verdienste um den Staat, von Medaillen und Diplomen für außerordentliche Leistungen und wissenschaftliche, wirtschaftliche, sportliche u. dgl. Tätigkeit sowie in der Form von Ehrenmedaillen festsetzt. Orden und Ehrenabzeichen verleiht der Präsident der Republik; sofern es sich nicht um Auszeichnungen wegen Tapferkeit handelt, ist mit deren Verleihung die Verpflichtung zur Zahlung einer Taxe zugunsten der Staatskassa verbunden, doch wird die Regierung eine allfällige Befreiung auf dem Verordnungsweg festsetzen können. Auch die Annahme ausländischer Orden wird unseren Staatsangehörigen ausdrücklich bewilligt, zur Annahme wird jedoch in jedem Falle die Einwilligung des Präsidenten der Republik erforderlich sein. Schließlich soll das Gesetz auch eine geeignete Grundlage für die Erteilung von Titeln an Personen schaffen, welche nicht beruflich in der öffentlichen Verwaltung und im Gerichtswesen tätig sind.

Die spanische Frage auf dem Labour-Kongress

Verschmelzung mit KP abgelehnt

Edinburg. (Reuter.) Auf dem Kongress der Arbeiterpartei wurde Mittwoch einerseits über das Verlangen der kommunistischen Partei nach Anschluß an die Arbeiterpartei, andererseits über eine Resolution beraten, welche die Schaffung einer Einheitsfront gegen den Faschismus fordert. Um den spanischen Delegierten zu ermöglichen, dazu zu sprechen, beantragte der Vorsitzende des Kongresses den vorzeitigen Schluß der Debatte über die Einheitsfront. Bei der Abstimmung über die kommunistische Forderung, die gleich darauf folgte, wurde der Antrag mit 1,728.000 gegen 592.000 Stimmen abgelehnt.

Der spanische Delegierte de Asua, der Vorsitzende-Stellvertreter des spanischen Parlament, ergriß sodann, lebhaft affamiert, das Wort und erklärte den Nicht-Einigungspakt als „juristisches Konstrukt“. Wir drohen zu ersticken, sagte er, wenn Deutschland und Italien ihre Waffenlieferungen an die Aufständischen fortsetzen, während Frankreich und Großbritannien und ähnliche Lieferungen verweigern. Ohne fremde Hilfe wird unser Kampf viel länger dauern. Ich bitte Sie, diese Hindernisse beseitigen zu helfen, die es uns unmöglich machen, Waffen zu erhalten“. Der Rede des spanischen Delegierten folgte lebhafter Beifall und die Anwesenden sangen die „Internationale“. Hierauf vertagte sich die Konferenz, damit die Kongress teilnehmer mit den Spaniern eingehender über die Lage in Spanien beraten können. Nachmittags fand eine engere Sitzung über Finanzangelegenheiten der Partei und über die Beziehungen zu den befreundeten politischen Gruppen statt.

Labourparty und USSR

protestieren gegen Verletzungen der Nicht-Einmischung

Edinburg. Die Konferenz der Labourparty hat beschlossen, daß Attlee und Arthur Greenwood sich sofort nach London begeben und dort mit Vertretern der britischen Regierung über die Verletzung des internationalen Abkommens betreffend die Nicht-Einmischung in den spanischen Bürgerkrieg verhandeln sollen.

Wofrau. Gestern wurde ein offizielles Kommuniqué veröffentlicht, welches besagt, daß die Regierung der Sowjetunion sich gezwungen sehen werde, sich von allen Verpflichtungen, welche aus der internationalen Konvention über die Nicht-Intervention in spanischen Bürgerkriege entspringen, als befreit zu erklären, wenn nicht sogleich entsprechende Maßnahmen getroffen werden, daß diese Konvention von keinem Staat verletzt werde. — Der Vertreter der Sowjetunion im Londoner Koordinationsausschuß für die Nicht-Intervention in Spanien, Kagan, erstattete im Ausschuss Bericht über diese Erklärung der Sowjetregierung.

Troue Diner...

Belgrad. Der hiesige spanische Geschäftsträger Thomas Maycahy de Meer hat der Madrider Regierung seinen Posten zur Verfügung gestellt und das hiesige Außenministerium davon verständigt.

Prozent, jene zur allgemeinen Erwerbsteuer auf 63 Prozent zurückgegangen. Trotzdem war das ordentliche Budget durch all die Jahre ausgeglichen, die Umlagen wurden nicht erhöht, die Bevölkerung nicht mehr belastet. Soziale Aufgaben hat das Land im Rahmen des Möglichen erfüllt. Das bedeutet um so mehr, als nun das Aergste hinter uns ist, die Ausgaben für 1937 weisen um 45 Millionen oder um 8 Prozent mehr aus als für 1936 und

die sozialen Ausgaben können wieder erhöht werden.

Geradezu symbolisch ist es, daß die Subventionen für die tschechische und deutsche Jugendfürsorge erhöht werden, wobei die beiden Nationen des Landes entsprechend ihrer Kopfzahl bedacht werden.

Trotzdem soll kein leichtfertiger Optimismus gepredigt werden. Am bedenklichsten erscheint es, daß die gefälligen Ausgaben des Landes von Jahr zu Jahr steigen, so daß die freiwilligen Ausgaben eine Einschränkung erfahren. Der Staat wälzt der Selbstverwaltung immer neue Aufgaben auf, die Initiative der Länder, Bezirke und Gemeinden wird dadurch immer mehr eingeschränkt.

bei Selbstverwaltung wird zu einem bloßen Organ der Staatsverwaltung herabgedrückt.

Es sollte nicht vorkommen, daß Befehle gemacht werden, welche der Selbstverwaltung neue Aufgaben zuweisen, ohne daß deren Vertreter auch nur gehört werden. Künftighin sollte der Grundsatz gelten: Nichts gegen die Selbstverwaltung, sondern alles mit ihr!

Viel ärger als in der Wirtschaft des Landes steht es in jener der Bezirke und Gemeinden aus, die von ihren Schulden erdrückt werden. Es ist höchste Zeit, daß die gefällige Schuldenregelung durchgeführt wird und von dem Tempo der Bewirtschaftung des Gefehes vom April 1936 kann man sagen: Langsamer kann es schon nicht gehen. So sollte man die Gemeinden und Bezirke nicht behandeln, deren freiwillige unbezahlte Funktionäre in der ärgsten Notzeit dem Staate große Dienste geleistet haben.

Diese Krisenzeit ist noch nicht vorüber. Deswegen muß auch im Jahre 1937 das Land so viele als mögliche öffentliche Arbeit durchführen. Dabei mögen im Sinne der Entschleunigung der Landesfinanzkommission die Arbeiter der Krisengebiete am meisten berücksichtigt werden. Die deutschen Landesvertreter stehen bei der Behandlung des Vorkrisenstandes unter dem Eindruck des schwersten Notstandes, welchen die Sudetendeutschen seit Jahrzehnten mitgemacht haben. Die Verzeiwung der Wäffen ist eine Gefahr für die Demokratie, es liegt im Interesse des Staates und im Interesse des tschechischen Volkes,

den Menschen mit der Arbeit wieder Hoffnung, Zuversicht, Kraft und Glauben an eine bessere Zukunft zu geben.

Möge das Wort des Präsidenten Beneš zur allgemeinen Lösung werden: Auf evolutionärem Wege zu tatsächlichen sozialem Fortschritt!

Die wirtschaftlichen Maßnahmen, welche die Tschechoslowakei gerade jetzt vornimmt, sowie die Vereinbarungen zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten erwecken die Hoffnung, daß die Worte des Präsidenten Wirklichkeit werden. Das wird von wohlthätigen auch politischen Folgen für das Sudetendeutschtum werden, das von der Krise weit mehr aufgewölbt wurde, als das tschechische Volk. Von einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse wird auch die sudetendeutsche Demokratie gewinnen, welche im Rahmen dieses Staates die Lebensrechte des Sudetendeutschtums zu wahren berufen ist.

Die Generaldebatte wird Donnerstag fortgesetzt, aber kaum beendet werden. Die Budgetsessenion dürfte drei Wochen dauern.

Mandatsverzicht des Abg. Grudovský. Der Abgeordnete Igor Grudovský der tschechischen nationalsozialistischen Partei hat dem Parlamentspräsidium seinen Mandatsverzicht mitgeteilt. Die Gründe sind teils persönlicher Natur, teils liegen sie in Unstimmigkeiten mit der Partei begründet. Grudovský, der Sektionsrat und ständiger Experte des Anstufungsministeriums ist, gehörte sowohl dem Anstufungsparlament wie auch allen gewählten Parlamenten an. Zuletzt war er im Wahlkreis Neuhäusel im zweiten Struktinium gewählt worden.

Die Entlastung des Obersten Gerichts. Die Regierung legte dem Senat einen Gesetzentwurf vor, durch welchen das Gesetz aus dem Jahre 1934 über die Entlastung des Obersten Gerichts verlängert werden soll. Um die Überbürdung dieses Gerichts zu beseitigen und die Aufarbeitung der Rückstände zu ermöglichen, war durch dieses Gesetz die Anrufung der dritten Instanz vorübergehend beschränkt worden. Die angestrebte Entlastung wurde zum Teil erreicht, doch erfordert die Erledigung von Zivilsachen in Böhmen und Mähren-Schlesien beim Obersten Gericht Ende 1938 immer noch ungefähr eineinhalb Jahre. Die Novelle soll bis zum 30. Juni 1938 wirksam sein.

Rom verdrängt Schacht in Belgrad?

Wie n. (Tsch. P.-B.) Der römische Korrespondent des „Echo“ kommentiert den neuen italienisch-jugoslawischen Handelsvertrag dahin, daß sich Italien zur Uebernahme von 52 Prozent der jugoslawischen Ausfuhr verpflichtet habe und damit den bis vor kurzem überragenden Einfluß der deutschen Wirtschaftspolitik in Belgrad stark zurückdrängen konnte. Diese neue Freundschaft ist nach den jahrelangen Spannungen ein um so beachtenswerterer Faktor, als man die Besserung des Verhältnisses zwischen Rom und Prag und die dank der Mittlerstellung Oesterreichs geneigtere Haltung Roms zur Kleinen Entente hinzurechnen muß.

Ehrenmann gegen Ehrenmann...

Wien. Der ehemalige Vizelandesrat Major Fein und seinen die Professorengesellschaft zu sich, um ihnen seinen Konflikt mit dem Bundesführer Starheimberger zu erläutern. Major Fein wiederholte seine bekannten Beschuldigungen gegen Starheimberger, daß dieser ständig auf Reisen sei und nur seinem Vergnügen nachgebe, ohne sich um die Angelegenheiten der Bundesleitung des Heimatschutzes zu kümmern. Hinter Starheimberger siehe, erklärte Fein, nur ein kleines Häuflein von Führern und Unterführern, die er selbst ernannt habe. Demgegenüber ständen hinter Fein in Wien 80 Prozent der gesamten Mannschaften, aber auch die Provinz sympathisiere stark mit ihm. Fein und seine Freunde streben die Einsetzung eines dreigliedrigen Direktoriums an, das aus Major Fein, dem Gewandlungskunststücker Stürmer und dem Generalmajor Dr. Steidl bestehen soll. Was speziell die Wiener Heimwehr betreffe, siehe hinter ihrem Wiener Kommandanten, dem Kapitän Alois, der von Starheimberger ernannt worden sei, nur ein kleines Häuflein der Anhänger dieser Bewegung. Die Heimwehr Feins werde die Organisation Schussnigg und den ständischen Ausbau Oesterreichs unterstützen. Fein wiederholte, daß er gegen Starheimberger die Klage einbringen werde.

Saarflüchtlinge nach Paraguay

Genf. Die sechste Kommission der Völkerbundversammlung befahl sich unter anderem mit dem Bericht des Sonderausschusses für politische Flüchtlinge. Dieser Bericht enthält auch die Anregung, daß der Völkerbund mit einem Bestande von 400.000 Schweizer Franken zur Ueberführung der Saarflüchtlinge nach Paraguay beitragen soll. Der englische Delegierte Lord Cranborne stimmte gegen den Antrag und begründete seinen Standpunkt mit der Behauptung, daß der Völkerbund durch eine direkte finanzielle Hilfe für die Flüchtlinge einen gefährlichen Präzedenzfall schaffen würde. Den Antrag unterstützten die Vertreter Polens und Frankreichs. Der Antrag wurde schließlich mit zwölf gegen sieben Stimmen angenommen. Auf aber noch im Plenum der Versammlung behandelt werden.

Die dritte Kommission, die Kommission für Abrüstungsfragen, nahm den vom norwegischen Delegierten Lange erstatteten Bericht und die von ihm unterbreitete Resolution an, in der es heißt, daß die Völkerbundversammlung den französischen Antrag betreffend den ehestmöglichen Zusammentritt des Präsidiums der Abrüstungskommission begrüße.

Polnischer Bauernstreik

Warschau. Im Bezirke Nowol in Wolhynien haben die Bauern seit einigen Tagen die Lebensmittel- und Getreidezufuhr in die Städte eingestellt. Infolge dieses Bauernstreiks läßt sich bereits in einzelnen Städten dieses Bezirkes ein Mangel an Lebensmitteln beobachten. Die streikenden Bauern drohen damit, daß sie solange keine Lebensmittel in die Städte liefern werden, bis sich die Preise der landwirtschaftlichen Produkte bessern werden. Gleichzeitig haben die streikenden Bauern beschlossen, sich vorläufig des Ankaufes von Industrieerzeugnissen gänzlich zu enthalten.

In Kürze:

Moskau. (Mentor.) Ähnlich wird die Befreiung des bekannten Journalisten Karl Madel bestätigt. Durch die Erhebungen wurde festgestellt, daß Madel an der Sinowjew-Verschwörung teilgenommen hat.

London. Englische Faschisten veranstalteten Dienstag abends eine Versammlung, bei welcher es zu Ausschreitungen und Zusammenstoßen gekommen ist. Ein Polizeibeamter wurde verletzt. Sieben Personen wurden verhaftet.

(N.F.B.) Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) hat beim griechischen Ministerpräsidenten gegen die Verbannung von Kostaris, dem Sekretär des griechischen Eisenbahnverbandes, die ohne Gerichtsverurteilung erfolgte, telegraphisch protestiert.

Tagesneuigkeiten

Will man die Sonne bei anderen verbreiten, so muß man sie in sich selber tragen.
Romain Rolland („Jean Christoph“)

„Lebendgerbung der Haut“

Das ist keine Grenzschlichtung, sondern eine neue Tatsache aus dem Dritten Reich: es ist ein neues Verfahren, genannt die „Lebendgerbung der Haut“, zur Einführung gekommen.

Der Auftrieb, den zur Zeit in Deutschland die Produktion von künstlichen Rohstoffen erfährt, ist mit den schwersten Gefahren für die Gesundheit der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter verbunden. Vor allem in der chemischen Industrie, aber auch in anderen Industriezweigen wird gegenwärtig außerordentlich stark experimentiert. Dabei werden die Arbeiter häufig von ganz neuartigen bösen Krankheiten befallen, von Ausschlägen und Geschwürbildungen, vom Zerfressen der Haut und anderen gefährlichen Folgen.

Da aber die künstliche Rohstoffproduktion zum Kernpunkt des nächsten Vierjahresprogramms erhoben worden ist, spielt die Rücksicht auf die Gesundheit der deutschen Arbeiter überhaupt keine Rolle. Die Arbeiter werden gezwungen, die gesundheitschädlichen Arbeiten in den Betrieben zu verrichten. Der für die Arbeitsämter zuständige Arzt bescheinigt jederzeit die dazu erforderliche Verwendungsfähigkeit.

Um wenigstens den Schein zu erwecken, als ob etwas zum Schutz der Arbeiter geschähe und um nicht durch die epidemieartige Ausbreitung der Krankheiten einen Arbeitermangel hervorgerufen zu werden, teilt in der Zeitschrift „Forschung tut not“ ein Regierungs- und Gewerbe-Medizinalrat Dr. Gerbig mit, daß gegen die „erworbene Ueberempfindlichkeit“ der Haut, durch die der Ausschlag hervorgerufen würde, durch ein Verfahren, das als „Lebendgerbung der Haut“ bezeichnet wird, vorgegangen werden soll. Das sei notwendig, da der in Nürnberg verkündete Vierjahresplan „unter Umständen in seiner Ausführung dadurch erschwert werden könne, daß manche chemischen Stoffe bei technischer Verwendung von der Haut dieser Leute so schlecht vertragen werde, daß ihre Verwendung eingeschränkt werde. Die vorbeugende Hautbehandlung mit Gerbig soll in den Betrieben vor sich gehen.“

An die Ärzte, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Landeskrankenkassen, an die Betriebsführer und an die Deutsche Arbeitsfront geht der Appell, das Verfahren möglichst rasch zu prüfen, auszubauen und allgemein einzuführen. Angeblich sollen durch die Lebendgerbung der Haut gewaltige gesundheitliche Schädigungen beseitigt und verhütet werden.

Daß diese Lebendgerbung der Haut selbst eine gesundheitliche Schädigung darstellt, das verweigert dieser Regierungs- und Gewerbe-Medizinalrat. Ebenjowenig werden durch sie die aus den Versuchen und Experimenten sich ergebenden Krankheiten abgewehrt werden können. Es ist ein regelrechter Raubbau, der jetzt an der Gesundheit der deutschen Arbeiterschaft vollzogen wird.

Der erste plastische Film wird jetzt in Prag gezeigt und lacht das Publikum in Scharen an, das in diesem Falle kein künstlerisches Erlebnis, sondern eine technische Sensation aufsucht. Was in diesem plastischen Film gezeigt wird, ist deshalb ganz belanglos (es sind ein paar Varietés-Darbietungen). Erprobet und bestaunt wird der Zauber der grün-roten Brille, mit deren Hilfe man den gleichfalls zweifarbigen Film in einfarbigem Schwarz-Weiß sieht, aber mit mehr Raum- und Tiefenwirkungen als bisher, mit körperlich erscheinenden Gestalten und mit Bewegungen, die in den Zuschauertraum zu kommen oder sich aus ihm zu entfernen scheinen. Ueber die Entwicklungsfähigkeit dieser Art des plastischen Films läßt sich vorläufig noch nichts sagen. So, wie er hier erscheint, dürfte er der gleichzeitigen Entwicklung zum farbigen Film im Wege stehen, und die Zuschauer-Brille erscheint auch nur als vorläufiger Notbehelf. Jedenfalls ist es ein Ereignis für neugierig Schaulustige.

Ein Amokläufer und sein Ende. Ein Neger namens Dennis Devie wurde Montag nachmittags in der Stadt Windsor (USA) von Maferei befallen, ergriff ein Messer und ermordete einen anderen Neger durch einen Herzstich, worauf er auf alle, die ihm zu nahe kamen, einstrich und hies bei sechs Personen schwer verletzte. Sodann schloß er sich in seinem Hause ein. Zwei Polizisten, die ihn verhaften wollten, wurden von ihm ebenfalls schwer verwundet. Die Polizei mußte ihn, da er sich inzwischen verbarricadiert hatte, regelrecht beschießen, wobei sie alle Arten von Waffen einschließlich von Gasbomben verwendete. Als alle Mittel ihren Zweck nicht erreichten, zündete die Polizei sein Haus an, was schließlich den Neger zwang, das Haus zu verlassen. Er unternahm

einen Fluchtversuch, wurde aber sofort nach einigen Schritten von mehr als 50 Revolverkugeln der Polizisten durchbohrt.

Vier Bergarbeiter getötet. In den größten Kohlenminen Brasiliens in Sao Jeronimo kamen durch Wassereintrich vier Bergarbeiter ums Leben. Achtzig Bergarbeiter wurden verletzt.

Ein Gasrohr platzt. Im Keller eines Warschauer Wohnhauses platzte bei Nacht ein Gasleitungsrohr. Durch das austretende Gas wurden acht Personen betäubt.

Eine Stadt brennt. Ein Großfeuer legte Dienstag einen großen Teil der Provinzhauptstadt Schang an Gelben Fluß in China in Asche. Hunderte von Häusern wurden zerstört, tausende von Personen sind obdachlos geworden. Die Zahl der Opfer konnte noch nicht festgestellt werden, jedoch nimmt man an, daß sie sehr hoch sein wird. Viele verlorne Leichen sind bisher aus den Trümmern geborgen worden. Durch Niederreißen einer Wand des Schulgebäudes konnten im letzten Augenblick noch mehrere hundert Kinder von dem Flammenobst gerettet werden.

Fruchtbarkeit im Dritten Reich. (B. S.) Wer die Uebertragung des „Staatsalkes“ anlässlich des Erntedankfestes am 4. Oktober am Vüdeberg abbörte, konnte einmalig hören, daß sich „einige Hunderttausend“ eingefunden hätten, um den „Führer“ sprechen zu hören. Schließlich stellt der Anführer fest, daß fünf- und sechshunderttausend Menschen zusammengelassen wären. Als man aber Montag früh in den reichsdeutschen Pressemeldungen hören mußte, daß es eine Million Menschen war, die sich am Vüdeberg versammelt hatten, da hatte man den besten Beweis dafür, daß sie lügen, daß sich die Wahlen biegen. Und dieser Verichterstattung glauben unsere Henleinleute jeden Wuchstagen!

Ein neuer Fall Drehschuh? Die französische Öffentlichkeit befaßt reges Interesse für den Fall des französischen Kapitäns des Intendantendienstes, Frogé, der vor zwei Jahren verhaftet und wegen Spionage, die er während seiner Dienstzeit in der Garnison von Metz getrieben haben soll, zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden war. Auch das Verfassungsgericht hatte vor einem Jahr dieses Urteil bestätigt. Sein Bruder, gleichfalls Offizier, hat nun eine Vortrags- und Pressekampagne zu seinen Gunsten unternommen. Der Justizminister ließ Frogé Dienstag auf freien Fuß setzen und ordnete eine Wiederaufnahme des Prozesses an, durch die Frogé für unschuldig erklärt und vollständig rehabilitiert werden soll. Er erklärte nach seiner Haftentlassung, daß er einerseits das Opfer einer unrichtigen Anklage seines Vorgesetzten, eines Majors, insbesondere aber das Opfer falscher Beschuldigungen durch drei Geheimagenten geworden sei, die gleichzeitig im französischen und deutschen Spionagedienst standen. Einer von ihnen, der ehemalige polnische Offizier Stanislaw Brand, der als Kronzeuge gegen Frogé aus sagte und gleichzeitig mit ihm verurteilt worden war, soll Pressemeldungen zufolge bereits vor einiger Zeit in Freiheit gesetzt worden sein und sich gegenwärtig in der Schweiz aufhalten. Die ganze Angelegenheit scheint ziemlich verwickelt zu sein.

Antifaschistischer Flüchtling in den Tod getrieben. Im St. Lawrence-Strom wurde in Höhe der Insel Orleans (Kanada) die Leiche des Frischwasserschwimmers Paffad aus Neu-Scotien gefunden. Paffad flüchtete vor den Verfolgungen der Nazis aus Deutschland und kam auf einem Schiff nach Kanada, ohne ein Einreisevisum zu besitzen. Kurz vor der Ankunft des Schiffes wurde er in einer Kabine in Ketten gelegt, um den Einwanderungsbehörden übergeben zu werden. Aus Angst vor der drohenden Deportation nach Deutschland zog Paffad den Tod vor. Als die Leiche gefunden wurde, waren die Fänge noch zusammengeklippt.

Iwerges und Niesen künstlich erzeugt. Dem ungarischen Arzt Dr. Sella ist es gelungen, die Entwicklung der verschiedensten Pflanzen durch Anwendung neuartiger chemischer Mittel nach Belieben ins Niesenshäre zu steigern oder im Iwergeszustand festzuhalten. Der Arzt, ein Spezialist für Hautkrankheiten, ging bei seinen Experimenten von der Erfahrung aus, daß bei gewissen Hautkrankheiten, wenn man mit fluoreszierendem Jodstoff behandelt, die Haut für die Sonnenstrahlen empfindlich und dadurch geheilt wird. Dr. Sella wendet dasselbe Verfahren auch bei Pflanzen an, indem er die Erde nach dem Einsetzen der Samen mit der Lösung solcher fluoreszierender Jodstoffe begießt. Dadurch wird eine Höchstempfindlichkeit der Pflanzen für Sonnenstrahlen erreicht, und es entstehen Niesepflanzen mit mehrfachem Fruchttrag. Verwendet man aber eine konzentrierte Lösung dieses chemischen Stoffes, dann wachsen Iwergespflanzen, die wie Miniaturausgaben der normalen Pflanzen aussehen. Der Erfinder benannte sein Mittel „Photofosfin“.

Bestialischer Mord. In der ungarischen Ortschaft Szentlőrincskata hat der 46jährige Preisenmeister Friedrich Noboth die mit ihm im gemeinsamen Haushalt lebende Elisabeth Warta auf bestialische Weise ermordet. Zuerst erdrückte er sie, dann schnitt er ihr mit einem Rasiermesser den Kopf ab und zerstückelte die Leiche, die er hierauf verbrannte. Der Mörder hat ein Geständnis abgelegt und wurde dem Gericht eingeliefert.

Todesurteil gegen die Luner

Sechs Jahre schweren Kerkers für den Mann

Im Prozeß gegen Josefina Luner wurde Mittwoch vormittags das Urteil verkündet. Josefina Luner wird schuldig erkannt, ihr Dienstmädchen Anna Augustin zu Tode gequält zu haben, weshalb sie zum Tode durch den Strang verurteilt wird. Edmund Luner wird wegen Mithilfe zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt. Die Luner nahm das Urteil ruhig an; aus dem Publikum fielen bei Verkündung des Todesurteils Bravourufe, die der Vorsitzende rügte.

Geld — aber wo bleiben Waffen? Nach Verleihen des Zentral-Gewerkschaftsrates von IESM hat die Sammlung für die Hilfe an Kinder und Frauen der Republik Spanien bis zum 2. Oktober insgesamt 14.011.000 Rubel ergeben. Für das gesammelte Geld wurden Lebensmittel gekauft und auf zwei Dampfern, „Kewa“ und „Kuban“ nach Spanien geschickt. Weitere Geldsammlungen finden täglich statt.

Willlinge mit elf Tagen Altersunterschied. In Odesa (Ukraine) brachte vor einigen Wochen eine Kaufmannsrau ein Kind zur Welt. Die Geburt verlief glatt, und nach einer Woche stand die Frau auf und ging ihrer Arbeit wieder nach. Nach weiteren vier Tagen wurde sie jedoch erneut von Wehen befallen, und diesmal gebar sie ebenfalls ein Kind. Das zweite Kind ist zweifellos der Willingsbruder des ersteren, doch ist es genau elf Tage jünger.

Solgas als Bahnbetriebsstoff. In der vergangenen Woche weilte auf der Teresbanter Schmalspurbahn eine Kommission des Eisenbahnministeriums, des Landwirtschaftsministeriums sowie des Landesamtes in Uhorod, um diese von Menednice durch das Tal der Tredoa nach Ustecorn, Nemetca Wofra und Prutury führende Bahn, die unlängst in Verkehr gestellt wurde, zu besichtigen. Es wurden Proben mit Motorwagen vorgenommen, welche durch 80 Liter Solgas angetrieben werden. Da sich diese Proben vollaus bewährt haben, wird die Eisenbahnverwaltung neuer einen weiteren Wagon bestellen und in Betrieb setzen. Die Kommission stellte fest, daß die Strecke für den Personenverkehr sehr gut geeignet sei.

Die Wetterausichten bleiben auch weiterhin ziemlich ungenügend. — Wahrscheinliches Wetter für Donnerstag: Vorwiegend bewölkt mit Niederschlagsneigung. Im Westen des Staates Temperatur im ganzen ohne wesentliche Änderung. Im Karpatengebiet mäßige Erwärmung von Südosten her. — Wetterausichten für Freitag: Andauer der ungenügenden Witterung, zeitweilige Niederschläge. Auch im Ostteil der Republik wiederum kühlere.

Vom Rundfunk

Empfehlungswertes aus den Programmen:

- Freitag
- Prag, 10.05: Deutsche Presse. 10.15: Schallplatten. 12.10: Emil Burian auf Schallplatten. 12.35: Musik Salonkonzert. 15.00: Konzert RDO. 17.10: Mozart: Quinette. 18.10: Deutsche Sendung: Nachrichten für Hörer. 18.15: Bürgermeister Bösl: Musik. Probleme unserer Selbstverwaltung. 18.35: Arbeiterfunk: aktuelle zehn Minuten. 20.05: Konzert der Tschedischen Philharmonie aus dem Metelanaaal; Dirigent: Lindenber. 22.10: Niederzucker von Kiska. — Sender II: 7.30: Salonkonzertkonzert. 14.15: Deutsche Sendung: Mad; Des Herrn Bürgermeisters Raie, Komödie. 18.20: Tamburienkonzert. — Brunn. 17.40: Deutsche Sendung: Dr. Kanger: Vorlesung aus eigenen Werken. 19.20: Schallplattenrevue. 20.25: Volkstümliches Rundfunkkonzertkonzert. — Freiburg. 18.10: Nachmittagskonzert. 22.30: Unterhaltungsmusik. — Währ. Otkau. 18.10: Deutsche Sendung: Doktor Rahn: Bekämpfungsmittel. — Wieder von Schenk.



Genfer Streiflichter
Der französische Ministerpräsident Leon Blum und der englische Außenminister Eden begegnen sich auf einem der langen Laufgänge des neuen Völkerbundpalastes.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Das Netz der Arbeitsvermittlungsanstalten

Die Verordnung über die Arbeitsvermittlung, welche am 1. Oktober in Kraft getreten ist, schreibt vor, daß alle freiverwendenden oder neu geschaffenen Stellen spätestens einen Tag später der zuständigen Bezirksanstalt für Arbeitsvermittlung zu melden sind, in deren Sprengel sich die betreffende Stelle befindet. In Böhmen entsprechen diese Sprengel in der weitaus größten Zahl der Fälle — bei 201 Bezirksanstalten — dem Bereich des Gerichtsbezirks. Es gibt jedoch auch Abweichungen von dieser Regel. In zehn Gerichtsbezirken bestehen je zwei öffentliche Arbeitsvermittlungsanstalten, u. zw. im Bezirk

Wischkeitz die zweite Anstalt Stanlau, Lobositz die zweite Anstalt Teplowitz, Neudorf die zweite Anstalt Eisenstein, Reichenberg die zweite Anstalt Liebenau, Tlów die zweite Anstalt Přelbuz, Kolin die zweite Anstalt Tžneč n. V., Nymburk die zweite Anstalt Křinec, Rokytno die zweite Anstalt Radnice, Uhl. Janovice die zweite Anstalt Kácov, Hrobiz die zweite Anstalt Stradice.

Die zweite Anstalt ist jeweils zuständig für die ihr näher gelegenen Orte des Gerichtsbezirks. Nicht Gerichtsbezirke haben keine eigene Bezirksarbeitsvermittlungsanstalt und sind daher an die Anstalt im angrenzenden Bezirk angegliedert. Es sind dies:

Katharinaberg angegl. an Oberleutenstorf, Bad Königswart angegl. an Marienbad, Ledec angegl. an Světlá n. S., Rajasovitz angegl. an Chrudim, Neustadt a. T. angegl. an Friedland i. V., Přebuz angegl. an Weipert, Sebestiansberg angegl. an Komotau, Walkern angegl. an Brachwitz.

In zwei Gerichtsbezirken ist die Bezirksanstalt für Arbeitsvermittlung außerhalb der Bezirksstadt untergebracht, und zwar für Teichsen in Vodenbach und für Hainzspach in Groß-Schönau.

Ein Erfolg des IMV

Lohnaufbesserung in Brüx

Beim Stahlwert in Brüx erzielte der Internationale Metallarbeiterverband durch Verhandlungen mit der Leitung des Unternehmens einen sehr beachtlichen Erfolg. Der, seit dem Jahre 1932 bestehende Lohnabzug von den Kollektivvertragslöhnen, der 6 Prozent betrug, wurde auf 2 Prozent herabgesetzt, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 30. August. Das bedeutet eine Lohn-erhöhung um 4 Prozent. Gleichzeitig erreichte der I. M. V., daß den Arbeitern die Weihnachtsermüdung wieder gewährt wird.

Tschechoslowakische Wirtschaftsnachrichten

Außenhandelsfolge. Die Tschechoslowakei war im ersten Halbjahr 1936 der größte Holzlieferant Deutschlands. Mit 14,2 Mill. Mark stand die tschechoslowakische Holzeinfuhr wertmäßig an erster Stelle vor Rußland und den skandinavischen Ländern. Im Mai war die Tschechoslowakei der größte Kunstseidenlieferant der Goldküste. Von einer Gesamteinfuhr von 152.000 Yards entfielen 62.000 Yards, also 40 Prozent auf die Tschechoslowakei.

Drosselung des Gabsloner Stahlexportes. Die Gabsloner Bijouteriewarenindustrie befragt sich über eine ungenügende Aufstellung der Exportkontingente unter die einzelnen Erzeugungsgebiete. So wurden während der letzten vier Monate von dem Bijouteriewarenexport nach Italien Gabslon nur 18 Prozent ausgewiesen, was natürlich ein schwerer Schlag für die Gabsloner Industrie ist. Von dem auf diese vier Monate entfallenden Gesamtexport von 4 Millionen Kč nach Italien erhielt Gabslon nur 720.000 Kč ausgewiesen.

Eine Arbeiter-, Wirtschafts- und Gewerbestellung wird in Wlifen für das Jahr 1938 vorbereitet. Die Ausstellung soll 22 Abteilungen umfassen und eine Bodenfläche von 60.000 Quadratmeter umfassen.

Der wirtschaftliche Aufschwung der Slowakei spiegelt sich in den Mitteilungen wieder, welche in der Mittwoch statiegenden Sitzung des tschechoslowakischen Eisenbahndirektionsrates gemacht wurden. Im Jahre 1936 ist nicht nur die Zahl der Reisenden auf den slowakischen Strecken gestiegen, sondern auch der Frachtransport (12 Prozent über Vorjahreshöhe). Beim Holztransport beträgt der Zuwachs 18.000 Waggons. Das Eisenbahnnetz wurde um 70 Kilometer neuer und 15 Kilometer umgebauter Strecken erweitert, nahezu 100 Kilometer Eisenbahnbau wurden ausgetwehelt.

Rohlenverarbeitung in Nordwestböhmen höher als 1935. In der zweiten Septemberhälfte waren die Schächte des nordwestböhmer Braunkohlenreviers der Saison entsprechend besser beschäftigt. Die Gesamtverladungen des September dürften größer sein als im Vorjahr. Vor allem ist dies auf verstärkte Bezüge für Hausbrandbedarf zu-

rückzuführen. Bestellungen auf einige der beliebtesten Sorten können nur mit beträchtlichen Verzögerungen ausgeführt werden, so daß auch andere Marken zur Lieferung herangezogen werden, vor allem um eine gleichmäßige Beschäftigung aller Schächte zu gewährleisten. Die Ausfuhr nach Deutschland, die im Sommer und Herbst durch den guten Wasserstand der Elbe begünstigt war, wird laut „Kohleninteressent“ nach wie vor durch die Einfuhrbeschränkungen gehemmt.

Lohnaufbesserung in Schlan. In verschiedenen Betrieben in Schlan erreichte die Arbeiterschaft durch Verhandlungen eine Lohnaufbesserung. Bei der Fa. Pala und in der Molkerei beträgt diese zwischen 5 und 6 Prozent.

Tschechoslowakei für Beseitigung der Handelshindernisse

Gesandter Dr. Veverka über das Donauprobem

Genf. In der Debatte über Wirtschafts- und Finanzfragen in der Völkerverbundkommission ergriff Mittwoch Gesandter Dr. Veverka namens der tschechoslowakischen Regierung das Wort.

Die Tschechoslowakei, sagte Dr. Veverka u. a., begt die Hoffnung, daß eine größere Währungsfreiheit und ein freierer Warenverkehr vorzuziehen ist und nach und nach gleichzeitig in den verschiedenen Staaten die internationalen Handelsbindnisse beseitigt werden. Man muß alles tun, um den Fortschritt der Autarkie einzuleiten. Dies wird kaum durch eine große Aktion, wie es eine Weltkonferenz ist, möglich sein, es ist besser, eine Lösung in zweiseitigen Abkommen zu suchen.

Aufmerksamkeit erweckte der Teil der Rede, in welcher Dr. Veverka die Wirtschaftsbeziehungen in den Donaustaaten erwähnte. Wenn ein Gebiet, erklärte er, in welchem einzelne Staaten durch jahrhundertalte historische Bande verbunden sind, nicht ein ausschließliches Zollregime bilden kann, ist wenigstens ein System nachdrücklicher wechselseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit einzuführen, welches bei vollkommener Selbständigkeit der Staaten einer regionalen Wirtschaftseinheit Vorteil bringen würde. Dies könnte durch ein System von Sonderverträgen erreicht werden. In diesem Sinne betrachtet die Tschechoslowakei die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Gesundung im Donauboden, zu der sie mit Hilfe des Planes Dr. Sodzjas beizutragen bereit ist.

Chamberlain: Letztes Ziel — Goldwährung

London. (Reuter.) Auf dem Jahreskongress der Bankiers und Kaufleute hielt Finanzminister Neville Chamberlain eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die Regelung der Devisen an und für sich kann keinen Aufstieg des internationalen Handels im Gefolge haben, wenn sie nicht von der Lösung anderer Wirtschaftsaufgaben abhängt. Die Lösung dieser Aufgaben ist begleitet sein wird, wie dies das Kontingentierungssystem und die Devisenkontrolle sind. Deshalb begrüßen wir auf das herzlichste eine Senkung der Zölle und die Aufhebung einer Reihe von Kontingenten; wir begrüßen das Bestreben nach Ausarbeitung eines neuen Zolltarifs, der mehrere Kontingente aufheben soll, wie ihn die französische Regierung angekündigt hat. Mit Recht können wir hoffen, daß der Beginn des internationalen Handels eine Erholung des Wollenshandels folgen wird, die bereits erkennbar ist. Schließlich werden wir wohl wie-

Der Mann, der durch seine Leber reich wurde

MIT Rom, Anfang Oktober. Sieben Städte stritten einmal, wie die Legende erzählt, um Homer. Smyrna, Rhodos, Salamis, Chios, Athen, Kolophon und Theben beanspruchten alle für sich den Ruhm, daß der Menschheit erster Dichter in ihren Mauern das Licht der Welt erblickt hatte.

Im Jahre 1936 stritten sieben italienische Städte um die Leber eines gewöhnlichen Sterblichen, eines gewissen Luigi Sanappa aus Perugia. Luigi Sanappa, ein kleiner Postbeamter der bekannten Universität Italiens, bemerkte eines Tages, daß seine Leber ihm Beschwerden machte. Er ging in die Universitätsklinik. Die Professoren untersuchten ihn eingehend und stellten eine ganz merkwürdige Krankheit fest, die sie nicht zu benennen wußten. Sie schüttelten lange ihren Kopf, berieten im Konsilium und gaben dem Kranken nicht mehr als drei Monate länger zu leben. Da die kranke Leber ihren Forschungsbegeisterten, boten sie dem braven Postbeamten 800 Lire für das Recht, nach seinem Ableben dieses merkwürdige Organ zu sezieren.

Es verging ein halbes Jahr, und Luigi Sanappa hörte nicht auf, weiter zu leben und ebenso wenig hörten die Leberschmerzen unbekanntem Ursprungs auf. Eines Samstags fuhr er nach Rom und erschien dort vor einem Kollegen von Professoren, die genau so mit dem Kopf schüttelten wie ihre Kollegen in Perugia. Wie groß war die Überraschung des Postbeamten, als auch der Direktor der römischen Klinik ihm ein Angebot auf seine Leber machte und großzügig 500 Lire für das Recht der Sektion zahlte. Dem Perugianer ging ein Licht auf. Er setzte sich in den Zug und

ber zu einem internationalen Währungsstandard auf einer Grundlage zurückzuführen, die durch das allgemeine Vertrauen entstehen würde, doch wird es naturgemäß vorher notwendig sein, daß diese Basis vor einer heftigen Inflation des Goldes gesichert werde. Wenn uns das gelingt, dann glaube ich, daß es keine unüberwindlichen Hindernisse für die Rückkehr eines Währungssystems geben wird, das sich auf einen freien Goldaustausch stützt.

Pengö und Dinar bleiben fest?

Budapest. (RTS.) Die ungarische Regierung hat in der Vorwoche den Beschluß gefaßt, daß es in Ungarn trotz der in gewissen Auslandsstaaten durchgeführten Geldabwertung nicht notwendig sei, irgendwelche valutarische Maßnahmen zu treffen. Der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Daranyi erklärte nun auf eine Anfrage des Mitarbeiters des RTS, daß der Ministerrat seinen vorwöchigen Beschluß mit sorgfältigster Berücksichtigung aller Interessen des Lan-

des und nach eingehender Prüfung der im Auslande, also auch in Italien und in der Tschechoslowakei zu gewärtigenden Abwertung, gefaßt habe. Alle maßgebenden Faktoren sind der einmütigen Auffassung, daß diese Stellungnahme der Regierung endgültig ist.

Belgrad. Die Presse-Agentur Avala erfährt, daß der Finanzminister im Einvernehmen mit der jugoslawischen Nationalbank beschloffen hat, den Dinar nicht abzuwerten, sondern ihn auf seinem gegenwärtigen Wert zu erhalten.

Verfälschung im polnischen Bergarbeiterkonflikt. Die Situation im polnischen Bergbau spitzt sich zu. Wie die Lodzer „Volkszeitung“ meldet, hat der Verband der Arbeitgeber eine Deputation zur Regierung entsandt, um sich gegen die Forderungen der Bergarbeiter bezüglich der Arbeitszeitfrage auszusprechen. Auch die Gewerkschaften haben an die Regierung appelliert, von deren Haltung es abhängt, ob es im polnischen Bergbau zu einem Großkampf kommt oder nicht.

Ausland

Rumänische Sozialdemokraten zu Gefängnisstrafen verurteilt

Wie die „Lumea noua“ das Zentralorgan der rumänischen Genossen, in ihrer letzten Nummer mitteilt, wurden am 30. September vom Kriegsgericht in Hermannstadt mehrere Genossen zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr, außerdem aber noch zu hohen Geldstrafen verurteilt. So wurden der Vorsitzende der Bergarbeitergewerkschaft in Lupeni (Schilal) Moldovan und das Mitglied des Bergarbeiterverbandes Variassiu zu je einem Jahr Gefängnis und 8000 Lei Geldstrafe verurteilt, außerdem wurden ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Zeitdauer von acht Jahren aberkannt. Die anderen vier Sozialisten erhielten einen und zwei Monate Gefängnis. Ferner erhielten alle sechs zusammen eine Geldstrafe von 100.000 Lei.

Das Motiv für die Verurteilung war, wie die „Lumea noua“ mitteilt: die betreffenden Sozialisten hatten eine faschistische Versammlung besucht. Da die zwei Artikel, die sich mit der Verurteilung der rumänischen Genossen befassen, von der Zensur vollkommen zurückgestellt sind, ist aus ihnen leider nicht zu ersehen, was sich in jener faschistischen Versammlung ereignet hat. Befremdend wirkt die Verurteilung Moldovans, der als sehr ruhig bekannt ist.

Genst gegen Roosevelt. (Ru.) Die amerikanische Präsidentschaftskampagne nähert sich allmählich ihrem Gipfel. Das kann man vor allem an der Hemmungslöslichkeit des beiderseitigen Wahlfeldzuges merken. Der Zeitungsmagnat Hearst, dem mehrere hundert Tagesblätter zur Verfügung stehen, entwidelt eine rücksichtslose Agitation gegen den Präsidenten Roosevelt. Diese Agitation nutzt alle möglichen Vorwände aus und schreckt auch nicht vor der primitivsten Fremdenbegehung zurück. So wird jetzt das Dreierabkommen über die Angleichung der Währungsregeln zwischen Amerika, England und Frankreich zum Anlaß für eine Anti-Roosevelt-Dege genommen. Dazu brauche Amerika, schreibt Hearst in seinem letzten Artikel, sich in die Leitung des französischen Franc einzumischen. Der amerikanische Stabilisierungsfonds sei lediglich für die Aufrechterhaltung des Dollarurses da. Heute wolle Roosevelt den Franc stabilisieren, was

werde ihn morgen davor zurückhalten, den russischen Rubel zu stützen. Hearst erinnert daran, daß Frankreich sich weigere, seine Schulden an Amerika abzutragen, und fragt den Präsidenten, ob er das Recht habe, Frankreich Anleihen zu gewähren, da doch ein erit unlängst angenommenes Gesetz der Regierung und den Bürgern der Vereinigten Staaten es ausdrücklich verbiete, jenen Ländern Anleihen zu gewähren, die ihre alten Schulden nicht bezahlt haben. Oder halte sich etwa Herr Roosevelt, fragt Hearst zum Schluß pathetisch, über alle amerikanischen Gesetze und über die Verfassung selbst hinweg? Habe Roosevelt tatsächlich jede Achtung vor den amerikanischen Institutionen und vor dem Willen der Nation selbst verloren!

General Francos Manifest und die Weltpresse. (Ru.) Der Pariser radikale „Ouvrier“ weist darauf hin, daß nach der großen Rede des neuen spanischen Diktators die Weltöffentlichkeit auf dem Platze von Francos zuerst die spanische Königshymne und dann die italienische und die deutsche Hymne gespielt habe. Es scheint, meint die Zeitung, daß das neue „Staatsobershaupt“ Spaniens sich bereits als Ballen der fremden Mächte fühle. Die große bürgerliche Pariser Tageszeitung „Ouvrier“ glaubt jedoch nicht, daß die heutige außenpolitische Orientierung von Franco auch für seine eventuelle künftige Außenpolitik maßgebend sein werde. Es sei bereits häufig vorgekommen, daß die Präsidentschaften, nachdem sie die Macht erlangt haben, ihre Ansichten radikal geändert haben.

Recht wird er es bald selbst glauben! Bei der Eröffnungsfeier des Winterhilfswoerkes in der Deutschlandhalle hielt Hitler eine Rede, in der er mit scharfen Worten den Volksemissar kritisierte und sich gegen eine „verlogene Demokratie“ wandte, die, wie er sagte, Deutschland auch heute noch von der Macht seiner Diktatoren befreien wolle, während sie auf der anderen Seite „die Augen schließe vor den vielen Tausenden, die in einem anderen Lande unter wildlicher Diktatur erstickt“. Daß der Volksemissar in Deutschland überwunden wurde, sei nicht den Philosophen und Geschichtsprofessoren, nicht den damaligen Politikern und am wenigsten der deutschen Wirtschaft zu verdanken, sondern einzig und allein dem Sieg der nationalsozialistischen Bewegung.

Gegen den „inneren Feind“. In Triest und Koblenz wurden 80 oppositionelle Nationalsozialisten verhaftet. Auch in verschiedenen Orten des Saargebietes, so in Wöllingen, Sulzbach, Nomburg und Ottweiler kam es zu Massenverhaftungen. In Saarbrücken wurden 90 Personen, größtenteils SA-Leute, festgenommen.

fuhr in die nicht sehr weit entfernte Stadt Neapel. Er erschien in der Universitätsklinik und erklärte, er habe eine anormale Leber, er wisse, daß er bald sterben müsse und sei bereit, um seiner Familie ein bißchen Geld zu hinterlassen, dem Institut der Klinik seine Phänomen-Leber für 1000 Lire zu überlassen. Er wurde gerührt, belospott, unterfucht, und die Refulaps nahmen das Angebot mit Freuden an. Mit 1500 Lire kam er glücklich nach Haus zurück und begann ein bequemeres Leben. Da Italien ein Land der Universitätsstädte ist, reiste Sanappa nach Siena, wo er der Wissenschaft seine Leber für 600 Lire vermache. Es vergingen zwei Jahre. Der unheilbare Kranke lebte immer noch, und die Schmerzen wurden sogar erträglich. Da er von neuem dringend Geld brauchte, stattete er Florenz einen Besuch ab, wo er wieder genau so von seiner Leber begeisterte Mediziner vorfand und einen Scheck über 1800 Lire einstrecken konnte. Er scheute sich nicht, in die entfernte Lombardei zu fahren und auch der Universitätsstadt Mailand seine Aufmerksamkeit zu machen. Hier waren die Ärzte von seiner kranken Leber weniger begeistert und boten nur recht magere 100 Lire, was den Patienten nicht entmüdigte, auch nach Padua und Pisa zu gehen, wo er überall seine Leber für kleinere Summen posthum verkaufte.

So waren schon vier Jahre seit dem verhängnisvoll lautenden Oratel der perugianischen Doctores vergangen, und Sanappa lebte weiter, zur größten Verfürgung der witzbegierigen Wissenschaftler. Der Postbeamte plante schon eine groß angelegte Tournee durch Deutschland, Frankreich, Oesterreich und die nordischen Staaten, wo er mit seiner phantastischen Leber ein Vermögen zu machen gedachte, als er eines Abends — er befand sich in etwas angeheitertem Zustande — durch einen Autounfall tödlich verunglückte.

Sofort stürzte sich die Perugianer Wissenschaft auf den Leichnam, um endlich, nach fünf-einhalb Jahren, zu dem von ihr erworbenen Recht zu kommen, als plötzlich und gleichzeitig sich auch die Institute Siennas, Paduas und Modenas meldeten und die von dem Toten einst unterzeichnete Option auf die Leber präsentierten. Es begann ein Streit, eine namenlose Verwirrung, die noch gesteigert wurde durch das Eingreifen der römischen, mailändischen und neapolitanischen Universitäten, die gleichfalls auf ihren erkauften Rechten bestanden. Delegationen der Universitäten Florenz und Pisa waren ebenfalls zur Stelle, und der Streit um die Leber des toten Postbeamten Luigi Sanappa nahm einen unbeschreiblichen Verlauf.

Endlich griffen die Behörden ein. Vor allem verfügten sie zunächst über die Leiche, die in eine Eislammer gebracht wurde. Die Parteien gingen natürlich zum Nach, der in Anbetracht dessen, daß der Körper nicht lange konservert werden konnte, zu schnellem Urteil gezwungen war. Das Urteil fiel recht salomonisch aus: die Sektion sollte in Perugia stattfinden, wo die Leber zum ersten Male verkauft wurde. Um aber auch den anderen Ansprüchen Rechnung zu tragen, sollten der Sektion die Repräsentanten aller anderen interessierten Universitäten beizuwohnen dürfen.

Als der Leichnam nun auf dem Sektionstische lag und die Erforschung des Rätsels der Wissenschaft seinen Anfang nehmen sollte, stellte sich zur äußersten Verfürgung der Repräsentanten der sieben italienischen Universitäten heraus, daß die Leber des Postbeamten bei dem Autounfall derart zerquetscht worden war, daß es unmöglich war, Ursprung und Auswirkung der Krankheit zu ergründen.

Prager Zeitung

Kennen Sie die Bibliothek des Ministeriums für soziale Fürsorge und des Sozialinstitutes?

Wissen Sie, weshalb wir immer noch in Krise und Arbeitslosigkeit steden? Wissen Sie, in welcher Not die Arbeitslosen leben, wie Eltern und Kinder an Unterernährung, Depression und Demoralisierung leiden? Wollen Sie wissen, ob das Recht des Menschen auf Existenz und Arbeit eine Verpflichtung einer ordentlich organisierten Gesellschaft ist? Wissen Sie, daß, solange die Arbeitslosigkeit bestehen wird, die Fabriken stehen werden; sind Sie sich dessen bewußt geworden, daß die Fabriken nicht stehen werden, für wen sie erzeugen sollen, wenn das Volk hungern wird? Wissen Sie, warum Sie nicht die Kleinhandels-Preise ertragen können, warum Sie den Zucker fünfmal so teuer bezahlen als wenn Sie denselben exportierten Zucker im Ausland kaufen würden?

Wissen Sie, daß die Danzonsche Regierung in Schweden keine Arbeitslosigkeit mehr hat? Wissen Sie, daß es in England und in Belgien keine Krise mehr gibt? Wissen Sie, daß die Regierung in Venedig in Frankreich im Laufe ganz kurzer Zeit in der Wirtschaft eine solche Ordnung schaffte, daß sie die Arbeitszeit kürzen und die Löhne erhöhen konnte? Interessiert Sie Roosevelt's Kampf mit den Kapitalisten in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und seine sozialen Reformen; wissen Sie, daß in den Vereinigten Staaten nur 35 Stunden gearbeitet wird? Interessiert Sie der Versuch des Verbandes der sozialistischen Sowjet-Republiken um eine gerechtere soziale Ordnung? Wollen Sie beantwortet haben, ob Demokratie, Sozialismus, Genossenschaftswesen und Planwirtschaft fähig sind, Ordnung in die Erzeugung und Verteilung in die Verteilung der Reize zu bringen? Wollen Sie sich

belehren lassen, wie der Faschismus die Not der Mittelstände und die Idee der Ständeordnung zur Diktatur des einzelnen, die den Weltfrieden bedroht, mißbraucht?

Interessiert es Sie, wie die Sozialversicherung in jedem der Länder geregelt ist, wie die Arbeitszeit und die Löhne beschaffen sind? Wissen Sie, daß die Firma W. Kellogg in Battle Creek, Michigan, die dreißigstündige Arbeitszeit bereits im Jahre 1930 einführt und daß sie infolgedessen die Löhne im Jahre 1935 um 12 1/2 Prozent erhöhte? Interessiert es Sie, wie die Armenfürsorge, die Jugend-, Familien-, Kriegsbeschädigtenfürsorge, die Sozialhygiene, die Wohnungs- und Auswandererfürsorge bei uns und anderswo geregelt ist?

Interessieren Sie diese Fragen nach der praktischen oder soziologischen Seite hin?

Dann kommen Sie in das Gebäude des Ministeriums für soziale Fürsorge, Palackého nám. Nr. 4, zwischen 7 1/2 bis 14 1/2 Uhr, am Samstag bis 12 1/2 Uhr, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März auch am Dienstag und Donnerstag ununterbrochen bis 18 Uhr. Die Bibliothek zählt heute 44.000 Bände; jährlich wächst diese Zahl um 2000 bis 3000 Neuerwerbungen an, Zeitschriften liegen 380 auf.

Sie sehen sich in einen gemütlichen Lesesaal und ein gefälliges und erfahrenes Personal bringt Ihnen in kurzer Zeit eine Menge Bücher und Sie werden vielleicht auch Zeuge dessen sein, wie ganze Berge von Büchern in das Arbeitszimmer des Ministers wandern.

Zirkus Busch in Prag. Am Freitag beginnt der Zirkus B. Busch auf der Invalidovna sein Prager Gastspiel. Es ist das erstmal, daß dieses Zirkusunternehmen (dessen Angestellte übrigens zur Hälfte tschechoslowakische Staatsbürger sind) im Laufe seines dreißigjährigen Bestehens nach Prag kommt.

Drabibinders Tod. Der 33jährige Drabibinder Franz Danulík aus Soudol traf gestern in der Seemannsgasse in Hollešow in selbstmörderischer Absicht Salzsäure und wurde in ohnmächtigen Zustand von der Polizeiwache aufgefunden. Die Rettungsgesellschaft brachte ihn auf die Klinik Nonnenbrunn, doch verschied er kurz nach der Entlieferung. Die Leiche wurde ins Institut für gerichtliche Medizin gebracht.

Auf Kosten der Hausfrau. Bereits seit längerer Zeit hatten Diebstahl das Leben des bisher unbescholtenen, sehr wohnungslosen Vaders A. S. bedroht, der sich während seines Aufenthaltes bei einer Quartiergeberin in Prag-Weinberge, Koubtová, durch ein überaus kostspieliges Leben hervorhob. Er trieb einen auffälligen Aufwand an Anzügen und war häufiger Gast teurer Nachkafes; dieses Leben bestritt er, da er überdies seit einiger Zeit heilloslos war, dadurch, daß er die reiche Antiquitätenammlung seiner Quartiergeberin fast völlig ausräumte. Die Untersuchung wird dadurch erleichtert, daß diese gar nicht genau angeben kann, was an alten Münzen und

Schmuckstücken ihr alles abhanden gekommen ist. Die Diebstähle des S. haben jedoch auch ein Todesopfer gefordert. Ein gleichfalls bei seiner Firma angestellter, ebenfalls noch unbescholtener Kollege war von ihm als Zimmerkollege aufgenommen und zum Teilnehmer seiner Diebstähle gemacht worden; als diese entdeckt und S. verhaftet wurde, fuhr er auf einem wahrscheinlich ebenfalls für gestohlenen Geld gekauften Motorrad nach Hřibský, wo er sich erschoss. Der Grad seiner Mißgunst ist noch nicht festgestellt. S. wurde nach Pantofel eingeliefert.

In die Sowjetunion zu den November-Feierlichkeiten nach Moskau und Leningrad. Preise von Kč 1265.—, Abfahrt 1. November. — Anmeldungen bis 15. Oktober. Auskünfte: Reisebüro Travell-Intourist, Prag II., Jituhmannova 88. Telefon 244—08, 399—82. 3786

RB-Genossen, Achtung!

Donnerstag, den 8. Oktober:

Pflichtabend

Vortrag des Genossen Dr. Franzel.

Frauenorganisation Prag

der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Montag, den 12. Oktober, um 8 Uhr abends im neuen Parteihaus, Prag II., Směchy 22, 3. Stock

Frauenabend

mit Vortrag der Genossin Maria Deutsch über das Thema: „Die Frau in Spanien einst und jetzt“.

Kunst und Wissen

Ludwig Hardt bewies mit seinem „Vaganen, Schelme, tolle Kerle“ bestelltem Rezitationsabend in der „Urania“ erneut, daß er unter den deutschen Vortragskünstlern der Gegenwart der eigenartigste und fesselndste ist. Mehr noch als die Virtuosität seines Sprechens zeichnet ihn seine Freude an der dichterischen Form, sein literarisches Verständnis und sein schauspielerisches Temperament aus, das ihn zwar manchmal zu weit fortreißt, aber sich bei der Charakterisierung vagantischer und skurriler Gestalten legitim ausleben konnte. Unbekannte Erzählungen von Robert Walser und Gustav Wied, halbergebene Gedichte von Villon (deren Klangfülle Hardt herrlich nacherleben läßt), Stücke aus Wagner'schen „Ringsparaden“ und Münchhausens Abenteuerstunden neben Rilke, Paul Celan und Li-tai-pe ein Wundergedicht Fritz Reuters und eine markant parodierende Ulland-Ballade neben den virtuos bewältigten Anekdoten von Kleist und einem Charakterbild aus Tolstois „Knoten“. Das nicht sehr zahlreiche, aber verständnisvolle Publikum würdigte die Leistung des Künstlers und nötigte ihn zu vielen Zugaben.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag 7 1/2: Gaby, G. 2. — Freitag 7 1/2: Lumpacivagabundus, D. 2. — Samstag 7 1/2: Erstaufführung: Die Soflogie, G. 2. — Sonntag 7 1/2: Cavalleria rusticana — Bajazzo, D. 2.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag 8: Menschen auf der Eissholle, volkstümliche Vorstellung. — Freitag 8 1/2: Versteigertes Geheimnis, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag 8: Das große W. W. — Sonntag 8: Salzburg ausverkauft, volkstümliche Vorstellung.

Sport-Spiel-Körperpflege

Aktivität im 6. Atus-Kreis

Der westböhmische Turnkreis des Atus hat in einer großen Konferenz, an welcher Kreisleitung, Kreisparteileiter, Bezirksobmänner und Bezirkstechniker teilnahmen, die großen Aufgaben für das Jahr 1937 beraten. Zwölf Bezirksvertreter haben zu den schriftlich vorliegenden Berichten gesprochen, zehn Bezirks- und Kreisfunktionäre nahmen zu dem ausführlichen Referat des Bundessekretärs Genossen Ullmann das Wort, welcher über das Bundesturnfest und über den Zusammenschluß mit dem Krut sprach. Einstimmig wurde den Richtlinien der Ar-



Liba Vaarová in dem Film „Die Näherin“.

beitsgemeinschaft (Atus-Kruti) zugestimmt und zum Ausdruck gebracht, daß die Atus-Funktionäre bereit sind, auf der gegebenen Basis den Zusammenschluß zu fördern. Über den Arbeitsplan erstattete der Kreisleiter Genosse M. Lura ein Referat. Neben dem intensiven Vereinsaufbau führt der Kreis eine große Jugendaktion durch. Ein Ausstellungenplan wird in den Wahlkreisen Karlsbad, Pilsen und Budweis vorbereitet. Zwei Wochenendschulen für Bezirks-Jugendturnwart und für Turnwartinnen bilden neben Vereinsturnwartkursen und Kampfrichterkursen einen wichtigen Bestandteil des Arbeitsprogrammes. Ein Referat über die Olympiade 1937 in Antwerpen und über die Winterolympiade wurde ebenfalls erstattet. Vorhersagen der Wintersport wurde eingehend behandelt und Bezirks- sowie Kreiswettbewerbe angekündigt. Die Turner, Sportler und Fußballspieler rüsten ebenfalls schon für die Olympiade.



Verlanget überall Volkszünder

Naturwissenschaften die Kurzberichte

Von E. Aldt

20 Millionen Jahre vor unserer Zeit

Zwischen Schwarzwald und Vogesen zieht sich, vom Rhein durchströmt, ein breites, grabenartiges Senkungsgebiet hin, in dem sich die berühmte elässische Kalisalzlagerstätte befindet. Ein als Salztön bezeichnetes, weiches Gestein ist in den Kalisalzen stellenweise eingelagert. Schlammmassen haben sich hier zeitweilig zwischen den reinen Kalisalzen abgesetzt. In diesem Salztön entdeckte der französische Forscher Quéveny zahlreiche Reste von Tieren und Pflanzen aus der Zeit, in der die Salzlager entstanden sind, nämlich der früheren Tertiärzeit. Diese Reste sind, obwohl sehr klein, so ausgezeichnet erhalten, daß es durch mühevollstes Studium gelingen konnte, ein detailliertes Bild der Tertiärfauna und -flora jenes Gebietes zu entwerfen. Auf einer Fläche von etwa 250 Quadratmetern wurden über 700 Pflanzenreste und gegen 1000 Insekten gefunden. Es handelt sich dabei nicht nur um Abdrücke. Der Erhaltungszustand erinnert an den der Bernsteininsekten. Wie dort lassen sich auch hier die feinsten Einzelheiten noch deutlich erkennen und mikroskopisch untersuchen. Selbst die einzelnen Zellen sind oft noch gut zu unterscheiden. Die Tiere sind durchwegs winzige Wesen, nicht mehr als 2 bis 3 Millimeter groß. Daß größere Arten fehlen, dürfte daher kommen, daß es sich um Tiere handelt, die der Wind herbeigeblasen und in den nassen Schlamm hineingeweht hat. Meist sind es Bewohner des Waldes und der Sumpfwiesen. Auch unter den Pflanzenteilen sind die größten kaum einen halben Zentimeter lange Stücker. Man kann sich vorstellen, welche Mühe es gekostet hat, zu ermitteln, von was für Pflanzen diese Bruchstücke stammen. Dennoch waren die Proben ausreichend, um ein Bild der Vegetation zu geben, das sogar Schlüsse auf das Klima der Zeit zuläßt. Da gibt es eine Reihe von Nadel-

bäumen, deren Verwandte heute noch in Mexiko, Chile, an den Küsten des Stillen Ozeans oder in Afrika gefunden werden, aus Europa aber wohl seit Jahrmillionen schon verschwunden sind. Da gab es Myrten und Agaven, Zimtbäume und andere Gewächse warmer Gegenden neben Pflanzen, wie sie auch heute noch bei uns heimisch sind. Aus dem Fund einer kleinen Feder darf man auf das Vorhandensein von Vögeln schließen. Da findet man Schnecken in mehreren Arten, sowohl Landschnecken als auch Formen des Süßwassers, und allerlei Spinnen. In größter Zahl aber sind die Insekten vertreten, die, weil sie Flugfähigkeit besitzen, wohl am leichtesten, vom Wind getragen, in den Schlamm gelangen konnten. Fast alle Gruppen der Insekten sind vertreten. Da gibt es Käfer und Schmetterlinge, Heuschrecken und Grillen, Ohrwürmer, Blattläuse, Wanzen, Zikaden, Fliegen und Mücken, Wespen und Ameisen. Unter den 90 Käfern, die man bisher gefunden hat, sind Laufkäfer, Rüsselkäfer und andere wohlbekannte Formen. Von Blattflöhen allein hat man über 100 Stück gefunden. Unter den mehr als 200 Hautflügleren herrschen besonders Schlupfwespen vor, wie wir sie heute als Schmarotzer anderer Insekten, besonders der Schmetterlingsraupen, kennen, in deren Eingeweiden sie ihre Eier unterbringen, um ihrer Brut die entsprechende Nahrung zu sichern. Man sieht, wie alt dieses Spezialinventar in der Larvenernährung schon ist. Von Fliegen und Mücken wurden ebenfalls über 200 Stück gefunden. Strömücken, Zuckmücken, Pilzmücken und Gallmücken, Bremsen, Fleischfliegen, Taufiegen, selbst Verwandte unserer Stubenfliege.

Nach der Ansicht des Erforschers ist das Salztön aufzufassen als Bildung eines großen Binnenmeeres, umgeben von Wäldern und Sümpfen. Das Klima dürfte etwas wärmer gewesen sein als das heutige Klima der Mittelmeerländer. Die Kalisalze aber dürften Reste eines aus dem geologischen Altertum stammenden Meeres sein, die durch Regengüsse aufgelöst, in der elässischen Grabensenkung wieder zur Ablagerung gekommen sind.

Insulin und Glukagon

Bekanntlich besteht die Zuckerkrankheit darin, daß der Zuckergehalt des Blutes erhöht ist und der Organismus ständig im Harn Zucker zur Abcheidung bringt. Man konnte dem Diabetes wirksam entgegenarbeiten, seit man im Insulin, dem Hormon der Bauchspeicheldrüse, ein Mittel fand, den Zuckergehalt des Blutes herabzusetzen. Man ging dabei von der Annahme aus, daß die Bauchspeicheldrüse des Kranken infolge einer oft nur vorübergehenden Unterfunktion nicht die notwendige Insulinmenge in Umlauf setze. Durch künstliche Zufuhr von Insulin konnte dieser Mangel behoben werden und man konnte dieser Organismus über die Zeit der Unterfunktion hinweghelfen. Aber es gibt Fälle, in denen die künstliche Zufuhr von Insulin wirkungslos bleibt. Diese Fälle schienen bisher unverständlich. Nun machten zwei Bonner Ärzte die Entdeckung, daß die Bauchspeicheldrüse noch ein zweites Hormon liefert, das den Namen Glukagon erhalten hat und das gewissermaßen ein Gegenspieler des Insulins ist. Erniedrigt Insulin den Blutzuckergehalt, so wird er durch das Glukagon erhöht. Normalerweise halten sich beide die Waage. Es wäre nun vorstellbar, daß in den erwähnten Fällen nicht ein Zuwenig an Insulin, sondern ein Zuviel an Glukagon die Ursache der Stoffwechselförderung ist. Neben dem Diabetes gibt es noch eine zweite, ebenfalls lebensbedrohende, freilich viel seltener Stoffwechselförderung, die sich im Gegensatz zum Diabetes, in einem enorm niedrigen Zuckergehalt des Blutes äußert, die Hypoglykämie. Wahrscheinlich handelt es sich in diesem Falle nicht, wie es zunächst erscheinend mochte, um eine Überproduktion an Insulin, sondern um einen Mangel an Glukagon.

Neuartige Versuche über die Entstehung von Mutationen

„Der Arten zählen wir so viele, als verschiedene Formen im Anfang erschaffen wurden“ schrieb Carl v. Linné im Jahre 1751 und er bekannte sich damit zu dem Dogma von der Kon-

stanz der Arten, das jahrhundertlang in Kraft gewesen ist und mit dem erst das 19. Jahrhundert gründlich ausgeräumt hat. Wir wissen heute, daß eine Tier- und Pflanzenart nichts Unveränderliches darstellt, daß neue Arten aus den alten hervorgehen können. Wie das aber zugeht, darüber wissen wir freilich sehr wenig. Sprunghaft kann aus einer alten Art durch Abweichungen und Änderungen einzelner Eigenschaften plötzlich etwas Neues, noch nicht Dawesenes, hervorgehen. Und die neuen Eigenschaften einer solchen „Mutation“ werden erblich festgehalten. Wo sind die Ursachen für die Entstehung der Mutation? Seit Jahrzehnten versucht man an Pflanzen und Tieren, derartige erbliche Variationen durch äußere Einflüsse künstlich herbeizurufen, um ihre Entstehung verstehen zu lernen. Man weiß heute, daß Bestrahlungen Veränderungen an den Keimzellen, meist im Sinne einer Schädigung, hervorzurufen können, die dann zur Entstehung von Mutationen führen.

Nun ist kürzlich an einer Pflanze, die ihrer großen, gelben, bei einbrechender Dunkelheit sich öffnenden Blüten wegen den Namen „Nachterz“ trägt, ein interessanter Versuch gelungen. Man bestrahlte die Blütenstaubförner einer solchen Pflanze mit Röntgenstrahlen und befruchtete diesen Blütenstaub dann dazu, um andere Blüten derselben Art künstlich damit zu bestäuben. Aus den Samen der so befruchteten Blüten entwickelten sich Pflanzen, die in ihren Eigenschaften von der Stammpflanze deutlich abwichen. Es traten zahlreiche Varianten auf, unter denen besonders Zwergformen und Pflanzen mit besonders schmalen Blättern auffielen. Sehr interessant ist nun die Beobachtung der weiteren Nachkommenschaft dieser Pflanzen, die ja von der Mutterpflanze her die normalen Eigenschaften der Art, von dem bestrahlten Blütenstaub, also vom „Vater“ her, die neu hinzugekommenen Eigenschaften ererbt haben. Es kommt denn auch wirklich in der nächsten Generation schon zu einer „Aufspaltung“ der Eigenschaften. Derartige Versuche versprechen wichtige Aufschlüsse auf dem Gebiet der Vererbungslehre zu geben.

Verlagsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährlich Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken. — Die Zeitungsfrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1936 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G. Prag.